

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illust. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 30. Nov. bis 6. Dez. 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige

Redaktion: Johannisstr. 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
 { 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtspaltige Pettzelle ober deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 282

Dienstag, 2. Dezember 1924

31. Jahrgang

Morgenländische Waterstunden!

Aus „vaterländischen Morgenstunden“

Dr. L. Lübeck, 2. Dezember.

Vater ist im Krieg! Wo ist Vater? Im Krieg! Wieso im Krieg? Ja, Vater ist doch heute morgen ins Hansa-Theater gegangen. Und vorher hat er doch seinen goldigen Helm aufgesetzt und seinen silbernen Säbel in der Hand geschwungen und hat zur Mutter gesagt: So, jetzt sollen sie nur kommen, diese verdammten Sozi. Dann ging er fort. Und wenn er aus seinem Kriege wiederkommt, dann erzählt er mir von einem großen General mit breiten roten Streifen in den Hosen, und von einem großen König, der unter ihnen herumgegangen sei, und wie sie alle gekämpft und marschiert hätten und stillgestanden seien wie die Zinnsoldaten.

*

Kindergeplapper? Ganz und gar nicht. Im Hansa-Theater fand die „Schlacht“ am Sonntag tatsächlich statt. Als „vaterländische Morgenstunden“ war alles frisiert — morgenländische Vaterstunden sind es geworden.

Der bekannte Komiker und Dichter Oskar Erasmii, nebenbei Außenpolitiker des General-Anzeigers und Wiedereroberer von Nordschleswig, lieferte das Vorpustengesicht. Als Dichter und als Komiker. Er beschwor den alten Fritz, doch wiederkommen.

Und siehe da, der alte Fritz kam. Er stellte sich an eine Wand, legte den Kopf auf eine Seite, nahm eine Handvoll Schnupftabak in seine Nase und dann beschaute er sich seine Anbieter von allen Seiten. Und sagte ganz leise auf französisch zu seinem Begleiterschatten: Ich habe meinem verrückten Nachfolger Wilhelm einiges abzubitten. Mit diesen Kerls hätte auch ich meine Kriege verloren. Die sind ja alle so dumm! Richtige Kugelfänge für Österreichische Äugeln sind ihre Wäuche. Und dann dieser General. Der Fietzen würde sich totschlagen. Bei uns wäre er höchstens Feldwebel bei der Artillerie geworden.

*

Dann hielt einer eine Rede. Ein Major! Und sprach von dem großen Menschen Fredericus. Von seinem Menschentum, seiner nationalen Flamme und seinem echten Preußentum — der ließ keinen Pazifisten in seinem Lande aufkommen und auch keinen Marxisten. Hurrah!

Friedrichs Schatten lächelte und wandte sich zum Gehen. Und sprach zu seinem Begleiter: Komm, Voltaire! Wir haben hier nichts mehr zu suchen. Der Geist meiner Dompfaffen geht immer noch um in Deutschland, der auch stets Krieg predigte. Und wenn es dann losging, dann konnte ich mit meinen armen Kerls in den Dreck ziehen und die feisten Schufte blieben zu Hause. Voltaire, du weißt, ich halte ebensowenig vom Herrgott wie du. Aber ein wenig muß ich für meine Reputation doch tun. Er schaut mich sowieso immer scheel an. Teile es ihm deswegen mit, daß ich mit diesen ganzen morgenländischen Verbänden nichts gemein haben wolle und könne, daß diese Leute keinen Funken von meinem Spirit verpirten. Daß er mir aber geschieht argumentiere. Voltaire! Lege er ihm einige meiner Schriften vor. Er weiß, ich war in der Jugend ein bißchen hitzig. Aber später kam der Verstand und ich habe manches dazu gelernt. Er weiß, Voltaire, daß ich ein Schüler der französischen Weltbürger bin und als guter Apostel des Abbe St. Pierre immer den Weltfrieden gepredigt habe.

Und dann, mon cher Voltaire, lege er dem lieben Gott noch den Brief vor, den ich über die Armeen an Euch geschrieben habe und streiche er die folgende Stelle an:

„Die Staaten soll man unvermerkt von den großen Armeen befreien, von denen sie zugrunde gerichtet werden, und am Ende wäre niemand mehr zum Kriegführen übrig. Alle Nationen und alle Souveräne würden jene unglücklichen Leidenchaften nicht mehr haben, deren Folgen so verderblich sind.“

Leise gingen die beiden Geister aus dem Saal. Leise, sagte Friedrich d. Gr., damit sie uns nicht hören. Denn wenn sie mich wirklich sähen, wie ich bin und wie ich denke, die würden mich sofort niederreißen und verbrennen wie die Juden Christus — als Pazifist oder als Marxist oder als sonst etwas. Bei denen gibt nur ganz ochenköpfiger Militarismus. Wir kennen ja diese Spezialität Menschen auch aus unserer Zeit.

Und als sie dann draußen waren, da hörten sie noch die heiser geschrienen Worte: Wenn er, unser großer König noch unter uns weilte, dann wäre keine Rede von Weltfrieden, von Abrüstung; dann hätten wir wieder eine stolze Armee, Parademarsch, Pulver und Blei! Braufende Hurrahs verschluckten den letzten Rest von Friedrichs Geist, der traurig entschwebte.

Noch vor der Wahl?

Hier offene Fragen an die Deutsche Volkspartei in Lübeck.

In der Kolojeumsversammlung der Deutschen Volkspartei, in der ihr Spitzenkandidat für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck, Herr Dr. Deite, das Rejerat hielt, stellte unser Diskussionsredner eine Reihe von Fragen an die Deutsche Volkspartei. Antwort erfolgte nicht.

Da es sich um Fragen handelt, die für den Wahlkampf von entscheidender Bedeutung sind, seien sie hier öffentlich wiederholt:

1. Im Versammlungslokal lag ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei aus, in dem dem Völkischen der Vorwurf gemacht wurde, sie wägen es nicht, sich für Republik oder Monarchie zu entscheiden. Auf die Frage unseres Diskussionsredners, wie die Deutsche Volkspartei selbst zur Frage Republik oder Monarchie stehe, erfolgte keine Antwort.

Wir fragen die Deutsche Volkspartei: Wie lange noch will sie die Wähler in dieser Weise weiter betrügen? Wird sie den Mut finden, vor der Wahl auf diese Kernfrage der deutschen Politik zu antworten?

*

2. Der deutschvolksparteiliche Herr Spitzenkandidat führte aus, daß die „Deutsche Volkspartei“ genau dieselbe Partei sei wie die ehemaligen Nationalliberalen. Auf die Frage unseres Diskussionsredners, warum sie denn den Namen gewechselt habe, erfolgte keine Antwort.

Wir fragen die Deutsche Volkspartei: Wird sie es wagen, auf diese Frage noch vor der Wahl den Wählern eine klare Antwort zu geben?

*

3. Der Herr volksparteiliche Spitzenkandidat jektete sich seinem Rejerat für den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ ein.

Unser Diskussionsredner fragte den deutschvolksparteilichen Spitzenkandidaten, ob es im Sinne der „Volksgemeinschaft“ sei, wenn das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei in Lübeck die Reichsflagge als „schwarz-rot-weiß“ und das Reichsbanner als „Mojtrichbanner“ beschimpfte.

Auch auf diese Frage erfolgte keine Antwort. Wir fragen die Deutsche Volkspartei Lübeck: Wird sie den Mut haben, noch vor der Wahl zu diesem heizerischen Treiben ihres offiziellen Organs Stellung zu nehmen?

*

4. In der erwähnten Versammlung lag am Vorstandstisch der Herr, der die Reichsflagge in dieser gemeinen Weise beschimpft hat, der Herr, der die Führer der Sozialdemokratie als „gewerbsmäßige Vaterlandsverräter“ zu verkleinern wagte, der Herr, der die Stirn hatte, die stärkste Partei Deutschlands als die „verlogenste und verlustpöte Partei aller Zeiten“ zu bezeichnen.

Dieser Herr Dr. Heinrich Bauer (bekannt unter dem Namen „Mojtrichbauer“), der schon einmal in öffentlicher Versammlung den Vorwurf der Feigheit schweigend auf sich sitzen lassen mußte, war auch am Sonntag nicht tapfer genug, sich auf die öffentlich gegen ihn erhobene Anklage zu rechtfertigen. — Aus der Versammlung heraus wurde seine Antwort gefordert. Schweigend, in bläsiertester Haltung zurückgelehnt, blieb er sitzen.

Für ihn erklärte der Versammlungsleiter, Herr Dr. Heinrich Bauer werde sich an anderer Stelle öffentlich rechtfertigen:

Wir fragen:

Noch vor der Wahl? Wann? — Wo?

Wahlserge auch in Oesterreich.

Der Bauer erwacht.

SPD. Wien, 1. Dezember. (Sig. Drahtb.)

Die Gemeinderatswahlen, die am Sonntag in Niederösterreich stattfanden, haben ein überraschendes Ergebnis gehabt. Gewählt wurde nicht in den Städten, sondern in den kleinen Gemeinden. Dabei haben in sämtlichen Landgemeinden die Sozialdemokraten einen riesigen Sieg errufen. In zahlreichen Bauern dörfern, in denen sich bis zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns Sozialdemokraten nicht einmal sehen lassen durften, hat die sozialdemokratische Liste am Sonntag die Mehrheit errungen, sodaß die Sozialdemokratie den Gemeindevorsteher stellen wird. Dagegen hat die wirtschaftliche Krise in den Industrieorten bei zahlreichen Industriearbeitern eine große Interessenlosigkeit und Wahlmüdigkeit erzeugt, sodaß in diesen Gemeinden die Zahl der Gemeindevorsteher, die sich nach der Wahlbeteiligung richter, stark zurückgegangen ist, in scharfem Gegensatz zu dem Wahlvorgang in den rein ländlichen Gemeinden. Dieses Wahlergebnis ist dennoch von großer Bedeutung. Denn es ist bestimmt damit zu rechnen, daß bei anziehen der Konjunktur und bei zunehmender Arbeitsmöglichkeit die Industriearbeiter wieder zur alten sozialdemokratischen Fahne zurückkehren werden. Die Bedeutung der Wahl am Sonntag liegt darin, daß zum erstenmal das niederösterreichische Dorf rot gewählt hat.

Kommunistenputsch in Reval.

Moskau will Blut sehen.

Reval, 1. Dezember.

Am Montagvormittag versuchten die hiesigen Kommunisten auf Geheiß von Moskau den langgeplanten Putsch durchzuführen. Er war als Antwort auf die Verhaftung und inzwischen erfolgte Verurteilung von 149 Kommunisten gedacht. Die Kommunisten bemächtigt sich in den frühen Vormittagsstunden des Bahnhofs und versuchten, andere Gebäude, insbesondere das Postamt, zu besetzen, obwohl ihr Treiben gänzlich aussichtslos war. Bereits um 8 Uhr morgens war der Hauptbahnhof wieder im Besitz der regulären Truppen. Auch die andern Gebäude, die von einzelnen Kommunisten besetzt waren, wurden entsetzt und die Kommunisten abgeführt. Es gab Tote und Verwundete. Die Entsehungaktion wurde von regulären Truppen mit Unterstützung der Polizei geführt.

In Reval konnte sich also trotz aller Erfahrungen das gleiche Trauerspiel vollziehen, wie wir es vor Jahren in Mitteldeutschland erleben mußten. Die in Moskau herrschende Verantwortungslosigkeit hat in der Hauptstadt Estlands genau so die Arbeiter vor die Maschinengewehre der regulären Truppen geführt, wie es vor wenigen Jahren in Mitteldeutschland der Fall war. Das Spiel von Reval ist schließlich das gleiche wie die unerantwortliche Aktion der Kommunisten im Oktober 1923 in Hamburg. Damals war es der Ungar Bela Kun, der auf Befehl der kommunistischen Internationale einen Teil der Arbeiterchaft Groß-Hamburgs vor die Maschinengewehre der Polizei führte. Wer weiß, ob er in Reval nicht auch der Anstifter war!

Immerhin: Die Putschgelüste der Moskowiten erstrecken sich heute auch bereits wieder auf Deutschland. In dem Brief der russischen kommunistischen Partei an die SPD ist z. B. folgendes zu lesen: „Die Bedeutung der kommunistischen Partei wird nicht allein und nicht so sehr durch die Wahlerfolge der Reichstagswahl bemessen. Ein Zeugnis liefert dafür die Geschichte der bolschewistischen Partei in Rußland.“ — Das heißt mit anderen Worten: Das Beispiel der bolschewistischen Partei, die die russische konstituierende Versammlung auseinanderprengte und nach erfolgreichem Aufstand ihre Blutherrschaft errichtet hat, wird als nachahmungswertes Beispiel für Deutschland empfohlen.

Durch Blut zur Herrschaft wird also die künftige Paule der Kommunisten in Deutschland lauten. Wir aber wollen durch Vernunft, ohne Moskau, zur Herrschaft gelangen, und wer das mit uns will, der wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Kriegsgerichtsftigung in Estland.

Das Kriegsgericht in Reval hat von den 149 Kommunisten 89 zu lebenslänglichem Zuchthaus und 89 zu Zuchthausstrafen von 4 bis 15 Jahren verurteilt.

Dieser grausame Spruch eines bürgerlichen Kriegsgerichts muß als Klassenjustiz schlimmer Art bezeichnet werden. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß es unseren Genossen in Estland geslingen möge, eine Wäderung des Schicksals der Verurteilten durchzusetzen. Leider ist es so, daß hier, wie in allen ähnlichen Fällen, das Wüten der bürgerlichen Justiz auf das noch blutdürstigeren Treiben der russischen Komjetoorgane gegen ihre politischen Feinde zurückzuführen ist. Wer Wind sät, erntet Sturm.

Ägypten muß nachgeben.

Zaghul muß fliehen.

SPD. London, 1. Dezember. (Sig. Drahtb.)

Bei den Kämpfen zwischen den sudanesischen Truppen und den Engländern in Kartum sind nach einem offiziellen Kommuniqué 16 Engländer getötet und 12 verwundet worden. Die Verluste der ausländischen Sudanesen sind größer.

Die neue ägyptische Regierung hat alle Forderungen der Engländer nunmehr angenommen. Der frühere Premierminister Zaghul verläßt in diesen Tagen Ägypten, um in Frankreich oder Italien zunächst Aufenthalt zu nehmen. Der Grund dafür liegt darin, daß Zaghul in seiner Bewegungsfreiheit in Ägypten beschränkt worden ist.

Die englischen Verluste bei der sudanesischer Meuterei.

London, 1. Dezember.

Nach einer Meldung des Daily Express aus Kartum sind bei der dortigen Revolte der sudanesischen Truppen 6 Offiziere und 11 Mann der britischen ägyptischen Truppen getötet und 1 Offizier und 11 Mann verwundet worden. Die meuternden sudanesischen Truppen hatten große Verluste.

Kämpft für die deutsche Freiheit!

Wählt Sozialdemokraten! Liste 1!

Der Kampf um den Rhein.

Wenn die Sozialdemokratie nicht dagewesen wäre...

Von jeher hat es im Deutschen Reich zwei Sorten von Patrioten gegeben: die einen, die ihr Vaterland aus vollem Herzen liebten, die Opfer brachten, und die anderen, die Vaterlandsliebe nur im Mundwerk führen, überhaupt ein Vaterland nur kennen, solange es von ihnen keine Pflichten fordert.

In der gleichen Zeit, wo sie aus Konkurrenzgründen gegen die Deutschnationalen mit der schwarzweiß-rotten Fahne haufenweise gehen, wird im Rheinland eine Auseinandersetzung geführt, die insalligste dafür liefert, wenn das Vaterland alles und wenn das Reich gar nichts bedeutet.

Der Widerstand der Sozialdemokratie

dieses „patriotische Geschäft“ nicht verhindert hätte. Moldenhauer gelang zunächst, daß sich nach dem Bluttage in Düsseldorf eine Deputation der Bürgerchaft nach Berlin begab und verlangte, daß man in Anbetracht der furchterlichen Lage

einer Schaffung der rheinischen Republik offiziell zustimme, da diese sonst von den Sonderbündlern erzwungen werde.“ Was Herr Moldenhauer unter dieser „Sünderchaft“ versteht, welche Reichsminister ihn und seine Bundesgenossen empfangen haben und was ihnen auf ihre verfassungsmäßige Zustimmung für eine Antwort erteilt wurde, wird verschwiegen.

„Der Fall (der Führer der Rührer Demokraten) weiß ganz genau, daß in jenen Tagen, als das Schicksal des Rheinlandes an einem Faden hing, bereits eine Proklamation der Reichsregierung im und fertig vorlag, die die Beamten und Behörden anwies, den Machthabern der rheinischen Republik die auf weiteres Gehorsam zu leisten.“

Die „Rheinische Zeitung“ hat Recht, wenn sie aus Anlaß der obigen Erklärung des Volksparteilers Moldenhauer sagt: „Ist das der schwarzweißrote Patriotismus? Sind das die Bewunderer Friedrichs des Großen, die vor ein paar hundert entlassenen Sträflingen Preußens reichste Provinz fluchtartig räumen wollten?“

„Wenn ich mir solchen Vorklären zu meinen Parteigenossen läme, läßigen sie mich tot, und das mit Recht!“

Ist das Rheinland deutsch?

Die Deutschnationalen nennen es „schlisch“.

S. Berlin, 1. Dezember.

Die Deutschnationalen behaupten jeden, der nicht deutsch-national ist als undeutsch und nicht rassenrein. Neben dem Antisemitismus betreiben sie jetzt eine wilde Hege gegen die Rheinländer. In einem Extrakblatt der deutschnationalen „Nationalpost“ wird Genosse Freijohnd als undeutsch angegriffen, weil er ein „Rheinische“ und kein Deutscher sei.

Sie werden immer frecher.

Schon wieder ein Heberiall auf das Reichsbanner.

Berlin, 1. Dezember. (Radio.)

Am Sonntag, mittag wurde in Berlin ein Radfahrertrupp des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf dem Alexanderplatz in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums von 80 Hakenkreuzlern überfallen und mit Gummischüssen mißhandelt.

Die Preise klettern weiter.

Die neuen Indeziffern.

Am 1. d. M. wird mitgeteilt: Die auf den Ertrag des 26. November berechnete Großhandels-Indeziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 12. November (125,4) um 0,5 v. H. auf 129,9 gestiegen.

Die Reichsindeziffer für die Lebensmittelpreise (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Bekleidung) stellt sich für Württemberg, 26. November, auf 122,2 und ist demnach gegenüber der Vorwoche (122,5) annähernd unverändert geblieben.

Vom Kampf des Deutschtums in der Tschechoslowakei.

Unternehmerinteresse geht über Nation.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß im Auslande diejenigen Deutschen ihre Abstammung zuerst verleugnen, die in der Heimat nicht „national“ genug sein konnten. Die Richtung vor Deutschland wird im Auslande gerade von den Elementen am eifrigsten untergraben, die auf Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot schwören.

schmählichsten Verrat am Deutschtum

begangen, und zwar nur aus Haß gegen die Arbeiter. In der Tschechoslowakei sind jüngst eine Reihe von Bezirksverwaltungsstellen neu gebildet worden. Das sind kommunale Selbstverwaltungsorgane. In den vorwiegend deutschen Bezirken ist es mit ihrer Hilfe möglich, für die besonderen Interessen des Deutschtums zu wirken.

Wer gefährdet die öffentliche Sicherheit?

Natürlich die Pazifisten.

General v. Schönau soll hier auf Einladung der Friedensgesellschaft über das Thema „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für den Frieden.“

Also in München sind wir glücklich so weit, daß die faschistische Hespresse Versammlungen genehmigen oder verbieten kann.

Wer am 7. Dezember national oder kommunistisch wählt, der sorgt dafür, daß bald in ganz Deutschland nur noch eingetragene Kriegsheker und Unternehmervertreter reden dürfen.

- Für die Liste 1.
Für die Partei der Freiheit!
Für die deutsche Sozialdemokratie!

Deutschnationale Sparmethoden.

Woju wurde abgebaut?

Ein der ersten Taten des Deutschnationalen Ministerpräsidenten Pazille in Württemberg war bekanntlich die Abberufung des württembergischen Gesandten in Berlin, des Sozialdemokraten Hildebrandt.

Während Hildebrandt mit einer Dienstaufwandsentschädigung von 2700 Mark im Jahr ausgenommen war, beanspruchte und erhielt der neue Herr, ein deutschnationaler Beamter alten Schlages eine Erhöhung dieser Dienstaufwandsentschädigung von wie gesagt bisher 2700 auf 100 000 Mark!

Die 40fache Repräsentationsgeld! Außerdem soll der neue deutschnationale Herr noch erklärt haben, daß er in die Wohnung des Gesandtschaftsgebäudes, die für Hildebrandt durchaus ausgereicht hatte, nicht einzuziehen werde, wenn nicht eine neue Heizung eingebaut und viele sonstige Veränderungen vorgenommen würden.

Mar sieht, es gibt für Deutschland keine dringendere Aufgabe, als all. Republikaner durch alle „Fachbeamte“ zu erziehen. Die vertriehen das Sparen tatsächlich viel besser. Sie werden es schon den Unterbeamten beibringen, und wenn ein paar Hundert dabei vor die Hunde gehen!

Der erste Handelsvertrag.

Erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen mit England.

London, 1. Dezember.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer Meldung der Times am Sonntag erfolgreich zu Ende geführt worden.

Li Chen unter Führung des Deutschnationalen Dr. Lippmann, daß sie

unter einem sozialdemokratischen Vorsitzenden nicht mitarbeiten

würden. Die Kommission war dadurch arbeitsunfähig gemacht worden. Die Regierung beendete diesen Zustand bald, indem sie die Kommission auflöste und

einen tschechischen Beamten

mit der Führung der Geschäfte in diesem deutschen Bezirk beauftragte.

Nach diesem deutschnationalen Schandtreib schrie selbst der nationalsozialistische „Tag“ am 24. November 1924: „Wenn der Fall von Eger sich noch einmal wiederholt, dann erklären wir rundweg, daß unserem Volke einfach nicht zu helfen ist.“

Deutschnational-Völkische in verschiedenen Schattierungen, erklärten wiederum, daß sie unter dem deutschen Sozialdemokraten nicht arbeiten würden, ja sie riefen offen nach dem tschechischen Kommissar, damit er die Selbstverwaltung in diesem deutschen Bezirk illusorisch mache!

So verraten die Deutschnationalen überall das Deutschtum. Wie der deutschnationale Spitzenkandidat von Breslau bei seinem Aufenthalt in Paris nichts eiligeres zu tun hatte, als sich unter französischem Namen einzuführen, so werden seine Gefinnungsgenossen von der Abneigung gegen jeden Fortschritt und vom Haß gegen die Arbeiterbewegung überall dahingetrieben.

Der Dawesplan restlos in Kraft.

Herr Gilbert erklärt.

SPD. Paris, 28. Novbr. (Eig. Drahtb.)

Die Reparationskommission ist am Freitag morgen unter dem Vorsitz Barthous zusammengetreten, um ein Exposé des seit einigen Tagen in Paris weilenden Generalagenten für die Reparationszahlungen, Gilbert, über die Durchführung des Dawesplanes entgegenzunehmen.

Die deutschen und englischen Sachverständigen haben sich auf eine gemeinsame Formel über die 26-prozentige Exportabgabe geeinigt. Die Entscheidung liegt nunmehr in Berlin und insbesondere beim Reparationsagenten.

Wie Amerika über eine „diskontfähige“ Regierung denkt.

Ein interessantes Interview.

SPD. Genf, 29. November, (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Korrespondent des „Soz. PresseDienst“ hatte in diesen Tagen eine Unterredung mit dem Chef der amerikanischen Delegation auf der Opium-Konferenz Borter, der bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus ist.

Der erste Handelsvertrag.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer Meldung der Times am Sonntag erfolgreich zu Ende geführt worden.

Rudolf Wissell spricht am Mittwoch abends 7.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Genossinnen u. Genossen! Sorgt für Massenbesuch!

Wer trägt die Hauptsteuerlasten?

Der neue Reichstag wird über eine Reform unseres gesamten Steuerwesens zu entscheiden haben. Darum ist es so außerordentlich wichtig, daß jeder Reichstagswähler, der am 7. Dezember über die Neugestaltung unserer Steuern mitentscheidet, sich darüber klar wird, wie sich heute bereits die Steuern auf die einzelnen Volksschichten verteilen und wer die Hauptlast bisher zu tragen hatte. Wichtig für die Beurteilung dieser Frage ist die Erinnerung an die Inflationszeit und die Art, wie damals die Steuern eingezogen wurden. Zu jener Zeit, als Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre Einkommensteuer sofort beim Empfang ihrer Bezüge in vollwertigem Gelde abführen mußten, war es den freierwerbenden Staatsbürgern möglich, ihre Steuern zu den weit hinausgeschobenen Zahlungsterminen in völlig entwertetem Gelde zu bezahlen. In Goldmarkt umgerechnet waren es dann immer lächerlich kleine Summen. Zahllose Zusammenstellungen jener Tage haben den Beweis erbracht, daß die Festbesetzten die Hauptlast der Steuer tragen mußten, ja daß sogar

die Lohnsteuer zeitweise die einzige Steuer war, die dem Reiche die zur Deckung des Finanzbedarfs notwendigen Mittel lieferte. Die Einführung der Vorausbezahlung der Steuer in der Höhe eines bestimmten Vielfachen der festjährigen Steueranforderungen hat ohne Zweifel eine Besserung gebracht. Andererseits sind aber auch seit Eintritt der Stabilität unsere Währung wieder Vergleichsbilder möglich geworden. Läßt man die Ergebnisse der ersten Monate des Kalenderjahres 1924 wegen der damaligen Wirtschaftsfeststellungen und Ueberleitungsmaßnahmen unanfällig außer Betracht und läßt nur die Steuererinnahmen des letzten Halbjahres (1. 4. bis 30. 9. 1924) sprechen, so zeigen die Reicheinnehmungsübersichten doch ein recht eigenartiges Bild, wenn man von dem behördlichen Schema, das nach Besitz und Verbrauchssteuern, Zölle und Verbrauchssteuern, sonstigen Abgaben und gewöhnlichen Einnahmen zerlegt ist, abweicht und die Einnahmen nach folgenden finanzwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zerlegt:

- 1. Einkommensteuer, geteilt in solche aus Lohnabgaben und solche nach Veranlagung;
- 2. Steuern, die vom Vermögen erhoben werden bzw. mit dem Vermögen irgendwie zusammenhängen oder in der Hauptsache von vermögenden Volksschichten gezahlt werden;
- 3. Steuern, die von allen Staatsbürgern, gleichgültig ob arm oder reich, in gleicher Höhe bezahlt bzw. im Wege der Ueberwälzung hauptsächlich von der großen Masse gezahlt werden;
- 4. sonstige Steuern.

Wir finden dann für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1924 folgendes:

Gruppe 1: Einkommensteuer:	
a) aus Lohnabgaben (Arbeiter, Angestellte und Beamte)	592,5 Millionen = 59,4 Prozent;
b) freiveranlagte Einkommensteuer	41,6 Millionen = 4,16 Prozent, zusammen 634,1 Millionen.
Gruppe 2: Vermögenssteuern:	
1. Steuerabzug vom Kapitalertrag	5,0 Millionen
2. Körperschaftsteuer	144,0 Millionen
3. Kapitalertragssteuer	0,0 Millionen
4. Vermögenssteuer nebst Zuschlag	178,2 Millionen
5. Erbschaftsteuer	8,6 Millionen
6. Grunderwerbsteuer	12,1 Millionen
7. Kapitalverkehrssteuer	80,5 Millionen
8. Rentensteuern	2,0 Millionen
9. Kraftfahrzeugsteuer	31,9 Millionen
10. Kennzeich- und Lotteriesteuer	26,7 Millionen
11. Rhein- und Ruhrabgabe	14,9 Millionen
12. Betriebsabgabe	31,7 Millionen (minus)
13. Steuer z. Geldwertungsangleich	12,5 Millionen
14. Brotverordnungsabgabe	4,9 Millionen
15. Wechselsteuer	29,9 Millionen
16. Erhöhte Umsatzsteuer	51,6 Millionen
606,1 Millionen	
Gruppe 3: Steuern, die von der großen Masse getragen werden?	
1. Zölle und Verbrauchssteuern	645,5 Millionen
2. Umsatzsteuer (allgemeine)	863,0 Millionen
3. Versicherungssteuer	15,5 Millionen
4. Beförderungsteuer (für Personen und Güter)	171,1 Millionen
1695,1 Millionen	
Gruppe 4: Sonstige Steuern:	
1. Ausgabengebühren des Reichswirtschaftsministeriums	0,0 Mill.
2. Vermischte Einnahmen	0,7 Mill.
0,7 Mill.	
Zusammenstellung:	
1. 997,3 Millionen = 30,2 Proz. des Gesamtaufkommens	
2. 606,1 Millionen = 18,4 Proz. des Gesamtaufkommens	
3. 1695,1 Millionen = 51,4 Proz. des Gesamtaufkommens	
4. 0,7 Millionen = 0,2 Proz. des Gesamtaufkommens	
3299,3 Millionen = 100 Proz. des Gesamtaufkommens	

Aus diesen Zusammenstellungen ist erkennbar, daß von der Einkommensteuer, die 30,2 Prozent des Gesamtaufkommens ausmacht, 59,4 Prozent von den Arbeitern, Angestellten und Beamten getragen werden und daß die Hauptsteuerlast nicht von der Gruppe 2 (trotz der zahlreichen Einzelsteuern), sondern von der Gruppe 3 zu tragen ist, daß also auch da die Verbraucherschichten die größten Leistungen zu vollbringen haben. Diese Tatsache muß immer wieder betont werden, insbesondere anlässlich der kommenden Reichstagswahlen. Hierbei wird es auch recht nützlich zu sein, die ganze Entwicklung der Einkommensteuer seit der Festlegung der Währung zu kennen, weil sich wieder von Monat zu Monat immer mehr zeigt, daß die Lohnsteuer im Verhältnis zur Einkommensteuer der Freierwerbenden viel zu hoch ist. Die Lohnsteuer ergab:

im Dezember 1923	92 Proz. der Einkommensteuer
im Januar 1924	46 Proz. der Einkommensteuer
im Februar 1924	49 Proz. der Einkommensteuer
im März 1924	45 Proz. der Einkommensteuer
im April 1924	53 Proz. der Einkommensteuer
im Mai 1924	55 Proz. der Einkommensteuer
im Juni 1924	56 Proz. der Einkommensteuer
im Juli 1924	64 Proz. der Einkommensteuer
im August 1924	62 Proz. der Einkommensteuer
im September 1924	68 Proz. der Einkommensteuer

Wie auch im September zahlten die Lohn- und Gehaltsempfänger neben der gewöhnlichen Belastung für die Verbrauchssteuern 68 Prozent der Einkommensteuer.

Wir sind mit dieser einseitigen Belastung der arbeitenden Volksschichten wirklich bald wieder so weit, wie in der übelsten Inflationszeit, und es wird Zeit, daß ein Reichstag zusammengerufen wird, der die einseitige Belastung der unteren Volksschichten aufhebt.

Bei der diesmaligen Wahl geht es in der Hauptsache um eine gerechte Lastenverteilung. Wer die jetzt bestehende ungerechte Belastung der unteren Volksschicht verweigern und weiter verschärfen will, der wählt am 7. Dezember bürgerlich. Wer aber eine gerechte Lastenverteilung will und will, daß die Hauptlast von den Arbeitenden und Unterdrückten genommen wird, der stimmt am Tage der Reichstagswahl in seinem eigenen Interesse für die Sozialdemokratie.

Die Burschenschaften verraten ihre Farben.

Die Burschenschaften wurden einst im Jahre 1815 in Jena als Studentenvereine mit bürgerlicher revolutionärer Tendenz gegründet. Im Jahre 1818 beschloß der Burschentag in Jena als gemeinsames Symbol der gesamten Burschenschaften die schwarze Fahne mit dem roten Kreuz. Im Jahre 1819 wurden die Burschenschaften auf Grund der Karlsbader Beschlüsse aufgelöst, existierten aber heimlich weiter. Als 1849 die Gegenrevolution siegte und das in der Paulskirche zu Frankfurt beschlossene Deutsche Reich mit der schwarzrotgoldenen Reichsfahne nicht zustande gekommen war, sangen die Burschenschaften:

Das Band ist zerschnitten,
War Schwarz, Rot und Gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt?

Schon zwischen 1848 und 1870 schwankten die Burschenschaften mehr und mehr nach rechts. Im Klassenkampf gegen Adel und Fürsten begrub die Bourgeoisie die Streizart um so tiefer, als sie an Reichtum wuchs und jetzt dadurch steigende Furcht vor der Quelle ihres Ueberflusses, dem Proletariat, bekam. Als 1871 das kleinbäuerliche Reich ohne Weiteres und ohne Demokratie gelehrt auf preussische Bajonette und Kanonen, unter dem Gepech der Hohenzollern aufstande kam, erklärten die Burschenschaften ihr Ziel, einst Deutschlands Einheit und Freiheit, erreicht. Jetzt sangen sie:

Das Band schlingt sich wieder,
Ist Schwarz, Rot und Gold,
Und unser Band, ihr Brüder,
Der Himmel sei ihm hold.

Am Donnerstag beschloß eine Versammlung von alten Herren (d. h. nicht mehr Studierenden) der Deutschen Burschenschaften eine Erklärung, in der es heißt:

„Sie wehren sich mit aller Schärfe und in aller Oeffentlichkeit dagegen, daß das Reichsbanner Schwarzrotgold, diese Farben der Deutschen Burschenschaften, als geistiges Erbe für sich in Anspruch nimmt. Der Wahlspruch der Deutschen Burschenschaften „Ehre, Freiheit, Vaterland“, so heißt es weiter, beweist unüberleglich, wie weit die Deutsche Burschenschaft schwächlichem Pazifismus und zerkleinerndem Internationalismus fernsteht.“

Der „Pazifismus“, die Friedensliebe, gilt den Herren als Schwäche, also wollen sie Krieg. Und Deutschlands nationale Unterdrückung kann nur durch die Solidarität des internationalen Proletariats geholt werden. International sein heißt nicht, auf das wahre nationale Ideal der Selbstbestimmung des eigenen Volkes, des Schutzes seiner Sprache und

Kultur zu verzichten, sondern im Gegenteil mit allen Nationen die eigene nach Kräften vor jeder Fremdherrschaft bewahren. Einst war die Bourgeoisie national. Jetzt ist sie nationalitätlos. Statt gleich uns für die Befreiung unserer unterdrückten Nation einzustehen, wünscht sie sie in eine unterdrückte zu verwandeln — um des Profits, um der Kohlenquellen und Abgabengebiete und ähnlicher Vorteile willen. Viele von den „alten Herren“ sind heute ohne Vermögen, verarmtes Gelehrtenproletariat. Aber die Gebankengänge der Kapitalisten, bei denen sie gelegentlich zum guten Glase Wein und üppigem Mahle geladen werden, beherrschen ihren Geist. Erst wenn die Nachkommen der verarmten Kapitalisten sich mit der Tatsache, Proletariat zu sein, abgefunden haben werden, ist von ihnen eine Unterstützung des politischen Fortschritts zu erwarten.

Aus dem kinderreichen Arbeiterhause.

Wer in kinderreichen Arbeiterfamilien hineinschaut, dem prägt sich das trübe Bild unauslöschlich ein: blasse Kinder, rachitische Kinder, kroböse Kinder und tuberkulöse. Wenn in den Schuluntersuchungen einer Großstadt kürzlich festgestellt wurde, daß 53 Prozent der Kinder nicht gesund seien, so ist eine solche Statistik unvollständig, man hätte die Durchschnittszahl der Kinder in den Häusern der kränklichen und in denen der 47 Prozent gesunden Kinder mit hinzurechnen sollen, das Ergebnis braucht nicht bezweifelt zu werden. Dabei ist das Kind aus kinderreichen Familien seiner Anlage nach gesünder, denn seine Eltern besitzen in ihrem Kinderreichtum ein Gesundheitszeugnis. Aber unendliche wirtschaftliche Not und vor allem Wohnungsnot, oft unglaublicher Art, richten die Anlage zugrunde. Hier ist Hilfe dringend, hier liegt ein Staatsinteresse vor. Nicht nur aus sozialen, nein, schon aus Gründen der Staatsflugheit muß hier geholfen werden, denn hier wächst ein Geschlecht heran, das in seiner gesundheitlichen Minderwertigkeit später demselben Staat schwere Lasten auferlegen wird, der jetzt achselzuckend beiseite steht. Zwar hat die Reichsverfassung zwei Artikel — 119 und 155 — die der kinderreichen Familie erhöhte Fürsorge und Recht auf Wohnung zusichern, aber sie stehen nur auf dem Papier. Ihnen fehlen die Ausführungsgehalte. Hier nun erwacht dem kommenden Reichstage eine Aufgabe von hoher Verantwortung: er muß diese Ausführungsgehalte schaffen, wenn er nicht unserm Nachwuchs verkümmern lassen will!

Schwindelparteichen.

Reichsbund deutscher Mieter gegen Sonderlisten.

Zur Reichstagswahl und zur preussischen Landtagswahl sind u. a. zwei Mieterlisten zugelassen worden, eine Mieterpartei Deutschlands und eine Partei für Volkswohlfahrt (Mieterbund und Bodenrecht). Mit beiden Listen hat der Reichsbund deutscher Mieter nichts zu tun. Der Hauptausschuß des Reichsbundes hat bei Anwesenheit sämtlicher Mitglieder einstimmig beschlossen, zu erklären, daß der Reichsbund deutscher Mieter mit der Partei für Volkswohlfahrt nichts zu tun hat und daß er die durch einzelne Personen erfolgte Gründung dieser Partei aufs schärfste verurteilt. Der Reichsbund deutscher Mieter empfiehlt seinen Mitgliedern, diejenigen großen Wahlparteien bei der Wahl zu unterstützen, die sich bisher als mieterfreundlich erwiesen haben.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Salmitz
Für Freilicht: Lütke und Feilcke
Für Inserate: Carl Lütkehard
Verleger: Carl Lütkehard, Druck: Friedr. Wener & Co. Sämtlich in Lübeck.

la. Natur-Skunks

Die ersten beiden Worte sind beim Einkauf einer Skunks-Garnitur zu beachten. Die größte Auswahl, ganz erstklassige eigene Verarbeitung, sowie billigste Preise bietet Ihnen das

Pelz-Naus

Friedrich Zimmermann

Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße. 13201

Die Steinfeldbauer

Roman von Valentin Traudt

24. Fortsetzung.
Grauschwarz und schimmernd lagen die gestützten Felder in der Spätherbstonne. Tag um Tag stand der Himmel in reiner Bläue über dem Steinfeld und die Ewigkeit führte in stets gleich geschwunnenen Bogen die Gestirne über die Häupter der erdtrohen Menschen. Im Wald dröhnte Hammer und Axtschlag, da knirschte die Sage und erschallte der Zuruf arbeitender Männer. Große Rauchwolken wirbelten durch das Geäst. Es roch nach Teer. Bis in das Dorf drang der stehende Geruch.
Die Bauern standen an ihren Ästern und auf den Treppen, schen nach der Teufelswand und brumnten böse Worte vor sich hin.

Da draußen stakten fremde Arbeiter das Gestänge und Holzschlepperwerk für die Drahtseilbahn auf.
„Wie lang's wohl steht, Herr?“
„Sechs Woche ein drei Tag.“
„Schad um 's Holz.“
„Werd bald gut brenne.“

Anfänglich war der Felschofer noch unentschieden gewesen und hätte am liebsten bis zum nächsten Frühjahr gewartet; aber die Gerüste waren gezimmert, das Wetter war günstig, und darum folgte er dem Vorschlag des Bauleiters. Ja, jetzt war er derjenige, der trieb, dem es zu langsam ging. Wenn er nur erst die geküllten Wagen zu Tal eisen läße! Dann wollte er lachen! Ungeheure Summen fraß die Anlage. Nach seiner Meinung und seinem Maß. Wann hatte man auf dem Steinfeld je Geld gebraucht? Aber jetzt mußte es doch sein; denn auch der Maurerwilleme klagte nicht selten und war mit dem Vorschlag gekommen, eine Gesellschaft zu gründen.

Baustwerte Steinfeld.
Der hatte jetzt überhaupt ganz neue Vorschläge und drängte vor, als gehöre ihm die Teufelswand allein. Eines seiner lieblichsten Häuser sollte von der Gesellschaft angekauft und dann ein großes Bureau darin aufgemacht werden. Er wird die Geschäfte in der Stadt leiten, und dem Felschofer will er einen Meißer schicken, der mit ihm den Steinbruchbetrieb beaufsichtigen soll. Der Felschofer war vorsichtig und fragte nur langsam und bedächtig nach allem, was er nicht verstand. „Ja“, sagte er aber dann zum Schluß doch. Gewiß, die neuesten Maschinen müßten aufgestellt und es mußte sofort auf große Maschinen gesehen werden, eine Wasserleitung war nötig, Telefonverbindung mit dem

Bahnhof im Tal und ein Fuhrwerk, das einen schnell von und nach dem Steinfeld bringen konnte. Der Felschofer hatte sich so gut gewehrt, wie er nur vermochte. Und dann sollte es doch nicht ausfallen, als sei er ein dummer Bauer; denn nachher würde man ihm das Fell über die Ohren ziehen. Geld, Geld, Geld! So ungefähr lautete der Schluß jedes Briefes, der aus der Stadt kam. Kann der Felschofer nicht mehr, ist die Gesellschaft notwendig.

Und der Maurerwilleme suchte alles vorzubereiten und in den Geschäften, mit denen er schon als Bauunternehmer gearbeitet hatte, Teilnehmer zu gewinnen. Den ganzen Tag war er unterwegs.
„Baustwerte Steinfeld? — Wo liegt Steinfeld? — Woß ne faule Sache?“
Das war zunächst jedesmal die Aeußerung der Angeredeten, die den Maurer zwang, seinen Plan ausführlich darzulegen. Wenn Sie aber nie in einem solchen Betriebe waren, wird man Sie über 's Ohr hauen. Ich will mir die Sache überlegen.“

Dem anderen waren wieder die Zeiten zu unruhig, um in ein ungewisses Unternehmen Geld zu stecken.
Was sagen Sie? Ein unsicheres Unternehmen? Wir haben die Teufelswand auf zwanzig Jahre gepachtet. Und die Pacht ist niedrig. Die Steine sind erstklassig, prima, prima Hartsteine! — Im Frühjahr kann der Betrieb sofort beginnen. Zinsverlust ist so gut wie ausgeschlossen!“

„Ich werde mir die Sache überlegen.“
Der Kaufmann Kaiser war seine letzte Hoffnung. Dem hatte er zu einem billigen Preise verschoben, und der wußte am Ende, da sein Bruder an der Bank war, irgendeine Quelle.
„Allerdings, freilich hab' ich Ihnen versprochen, wenn 's mal nötig wäre, ein bißchen nachzuhelfen, aber, allein habe ich gegenwärtig selbst nichts. Sie können sich felsenfest darauf verlassen, daß ich Ihnen gerne unter die Arme greife, sobald ich etwas habe.“
Das Steinfeld war zu unbekannt. Kein Mensch entsann sich in seinem Leben etwas davon gehört zu haben. Und sie waren ungeduldig geworden, wenn man es beschreiben wollte. Am Ende mußte er nun selbst noch Hypothesen aufnehmen, und der Felschofer vielleicht auch noch eine auf das Gut. Die Maschinenfabrik wollte gleich eine Rate sehen.
Da rief ihn ein Brief von Lorenz ab.
Donnerwetter das mußte kommen. Das hatte gerade noch gefehlt. Im ersten Augenblick war er ganz hilflos. Der Lorenz schrieb, die Steinfelder hätten das ganze Halbeswerder um Drahtseilgerüste durchgezogen, daß es in sich zusammengefallen sei; Nächte müßten sie daran gearbeitet haben. Aber der Felschofer habe Wind bekommen und sich auf die Baurer gelegt. Eine Rede sei er

draußen gewesen, und da sei es auch still gewesen. In der zweiten Nacht aber hätten sie ihm eine Kugel in die Brust gejagt.

Diese Mordbuben!
Immer der dicke Strich durch die Rechnung, wenn das Steinfeld in Frage kam. Wenn man abergläubisch veranlagt wäre, könnte man glauben, der Teufel habe seine Hand im Spiel. Die Teufelswand! Ja, verflucht, die Teufelswand!

Von den Tälern wird man keinen fallen können. Der Bärgemeister, der Quellmofer, der lange Her, sie alle waren sicher mit dabei. Aber nicht ein Wörtchen wird man sagen dürfen.

„Was die die sein's gewese.“
„Das Spuklicht im Wald! Jetzt kann der dran glaube.“
„Vorn in die Brust enei, an kein Mensch hat er gese.“

Gegen die Steinfelder war ja nicht aufzukommen. Sollte es in den Köpfen da oben denn nie Tag werden?
Sofort schrieb er zurück, daß er in einigen Tagen kommen würde. Die Anzeige müsse natürlich sofort erstattet werden, wenn man nicht gleich daran gedacht habe.

Ueber das Steinfeld weht ein scharfer Wind.
Ja, ja.
Man sieht's den Birken und Kiefern an, die in den hohen Himmel wollen. Bis an die Wolken am Ende.

Aber über das Steinfeld geht der Wind und schüttelt alles ab, was über den Waldbrand gucken will. Was wollt ihr ins Tal gucken? Hier oben ist's gut genug.

Und der Maurerwilleme dachte: Nun muß ich gleich wieder einen Sachverständigen mit an Ort und Stelle nehmen, um zu erfahren, was noch brauchbar ist. — Diese Hunde von Bauern! — Wenn man lieber die Maschinen und Träger in Eisen ausführen lassen würde? Schlecht genug ist die Bande, das Holzwerk zum zweitenmal zu zerlegen. Am Eisen können sie sich die Zähne ausbeissen. Doch das kostet Himmel und Geld allein für Fracht und Fuhrwerk!

Das war wohl am Ende die Quittung dafür, daß der Quellmofer gelesen hat, und daß unsere Holzer am ersten Ritzestag das ganze Dorf aus dem Wirtshaus warfen? — Vergessen tun die Steinfelder so etwas nicht.

Der Bauunternehmer, der die Drahtseilbahn in Auftrag hatte, tröpfete ihn.
Wenn erst der Betrieb im Gange ist, dann hört das alles auf. Nachher ist ja Aussicht genug da und wenn sie wollen, haue die Italiener an jedem Sonntag das Dorf mindelweid. Ich denke, wir bleiben vorläufig bei Holzunterbau.“

(Fortsetzung folgt.)

An unsere Inferenten!

Anzeigen

von größerem Umfange bitten wir einen Tag vor dem Erscheinen aufzugeben, weil andernfalls keine Gewähr für Aufnahme gegeben werden kann.

Anzeigen-Abteilung
Lübeker Volksbote

Achtung! Baugewerksbundmitglieder!

(1924)
Am Mittwoch, dem 3. Dezember, wird nur die tarifmäßige Arbeitszeit gearbeitet, 7 Stunden. Auch dort, wo der Arbeitgeber glaubt, die Arbeit ist dringend, falls solche Arbeiten vorhanden sind, hat der Arbeitgeber sich an die Organisationsleitungen zu wenden. (1924)
Der Vorstand

Hausfrauen

verlangt beim Einkauf von Margarine

„Echte Lüneburger“

Im Geschmack von allerfeinster Meiereibutter kaum zu unterscheiden

Kleinhandelspreis nur 80,- pro Pfd.

General-Vertreter:

Hermann Thurow, Lübeck

Geversstraße 42 (19239) Fernsprecher 8152

Für Kinder-Aufnahmen

in der beliebten Skizzen-Ausführung, auch im eigenen Heim, empfiehlt sich

Photogr. Werkstatt Emma Maab

Lübeck, Sandstr. 21, 1. (Pelzhaus Boy)

Verkäufer zahlt 100 ME, wenn „Nicolba“ nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf, Hals, Kleider, Schuhe (Brut) vertilgt. Keine Wange mehr oft bei einmaliger Anwendung von „Nicolba“.

Läuse

Verkauf nur Regalienstraße 4 (19202)

Für den Winter!

Schotten in Halbwole und reiner Wolle

Meter 4.95 9.50 2.50 2.20

Treppen für Kleider und Blusen

4.60 3.50 2.80 2.20

Cheviot in nur la. Qualitäten

4.90 3.80 3.40 2.75

Popeline in reiner Wolle . . . 6.80 5.50 4.80

Heinrich Beuck, Lübeck

Brodesstr. 25. Ecke Warendorffstr. 19207

Kaiser-Ohm um id.

Blutdeutsche Erzählungen von

John Brindman

Preis 2 Mk.

Buchhandlung „Lübeker Volksbote“

Praktische Weihnachtsgeschenke

in feinen Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln

aus eigener Fabrikation:

Damenhandtaschen

Besuchstaschen

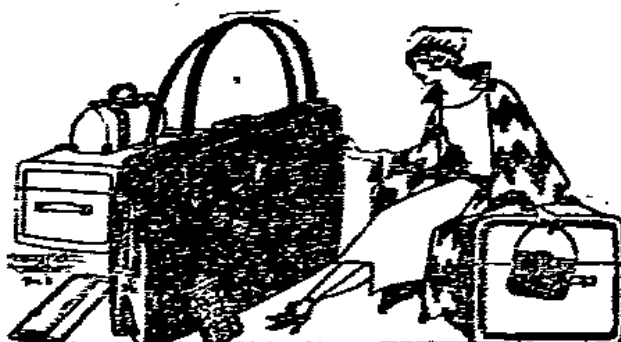
Beuteltaschen

Brieftaschen

Geldbörsen

Geldscheintaschen

Zigarrentaschen



empfeht

Spezialhaus für feine Lederwaren und Reiseartikeln.

F. Fränkel,

Breite Strasse 35.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Holstenstrasse 4.



An diejenigen Eltern und Kinder

die mich gestern bei Karstadt sehen wollten!

Ich wende mich an Euch, weil Ihr es miterlebt habt! Darum werdet Ihr auch am besten einsehen, daß ich nicht nötig habe, auch nur ein Wort der Entschuldigung zu sagen. So ein Andrang ist mir denn doch noch nirgends begegnet. Ich habe versucht durchzugehen, aber es war mir nicht möglich, überall durchzukommen und jeden einzelnen zu begrüßen. Ich habe sogar die Polizei mit zu Hilfe nehmen müssen, um Unfälle zu vermeiden. Ich erkenne diese stürmische Begrüßung ja dankbar an, aber Ihr müßt bedenken, ich bin ein alter Mann und halte so etwas auf die Dauer nicht aus. Jedenfalls habe ich bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß Ihr alle sehr viele Wünsche habt. Da ich aber täglich stark in Anspruch genommen bin, habe ich zur Erledigung Eurer Wünsche an markanten Plätzen im Hause Karstadt Wunschzettel-Sammelkästen anbringen lassen. Ich bin natürlich immer bei Karstadt, allerdings unsichtbar, und bitte um Nachsicht, wenn ich mich in den nächsten Tagen nicht in Wirklichkeit zeige.

Der Weihnachtsmann.

Der Frauenroman! Hilde Lichtwark

von Richard Lohmann.

Preis 2.50 Mk.

Buchhandlung

„Lüb. Volksbote“

Wir zahlen die allerhöchsten Preise für

Felle und (19206) Haare

Gebr. Wagner Tel. 3414

Bankwaisstr. 26 Holstenstr. 8

Beste Absatzquelle für Händler und Private

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 2. Dezember.

Notizen für den Wahltag.

Zeichne ein Kreuz (+) in den ersten Kreis, Seite 1.

Wahltag ist Sonntag, den 7. Dezember.

Die Abstimmungszeit dauert für die Wahlbezirke 1-67 (Stadt und Vorstädte, sowie die neuen Stadtteile Travemünde, Küdrieh-Herrenwid, Siems-Dänischburg, Schlutup und Moisling) von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

In Schönböden und Geinitz wird nur von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gewählt.

Notwendig ist, sein Wahlrecht schon am vormittag auszuüben. Die Stimmbezirke werden nur noch bis Freitag, den 5. Dezember im Volksboten veröffentlicht.

Die ländlichen Stimmbezirke sind durch öffentlichen Anschlag in den Landgemeinden bekanntgemacht.

Stimmzettel werden nur noch bis Freitag, den 5. Dezember ausgestellt.

Binnenschiffer und Seefleute, die auswärtig beheimatet sind und sich hier aufhalten, können heute schon ihr Wahlrecht ausüben. Die nach dem 7. Dezember von See zurückkehrenden Seefleute besitzen das Wahlrecht bis zum 12. Dezember. Sie müssen ihren Wahlberechtigungsausweis von ihrer Heimatbehörde haben. **Jeder muß wählen! Wahlrecht ist Wahlpflicht!**

Aus der Bürgerschaft.

Wahl des Geschäftsvorstandes. — Heißer Kampf um die Selbstverwaltung der Schulen.

Der Geschäftsvorstand wird nun jedes Jahr neu gewählt. Diese Gelegenheit wollten die Kommunisten benutzen, um einen Sitz im Präsidium zu besteigen. Sie opponierten gegen den Antrag des Genossen Haut, den alten Vorstand wiederzuwählen. Bevor ihr Mandant an die Reihe kam, bekundeten sie ihr kommunistisches Prinzip, keinem Bürgerlichen eine Stimme zu geben. Und da sie die „Sozialräter“ zu den Bürgerlichen zählten, mußte auch der 1. Wortführer, Ehlers, den Schmerz ertragen und sieben weiße Zettel registrieren. 14 Stimmen brachten die Kommunisten bei ihrer Anwartschaft auf den 2. Stellvertreter des Wortführers aber doch auf, sie verteilten sich allerdings auf drei ihrer Kollegen.

Stundenlang wurde ein heißer Kampf um die Selbstverwaltung der Schulen ausgefochten. Die im Volksboten gebrachten ausführlichen Artikel über das neue Schulsystem entheben uns einer breiteren Darstellung. Die Schulreaktion — wie Fachleute das alte System gemeinlich bezeichnen — und die mit ihr verbundenen Kräfte wetterten nicht schlecht gegen den neuen Geist. Dr. Geister, Fr. Kolke, Ewers, Dr. Fink, Dr. Wittern und Senator Dr. Vermehren beschworen den guten Schulgeist, der außer der bekanteten „waterländischen Geninnung“ keinen ins Politische schlagenden Einfluß kannte. So etwas kam im hohen Obrigkeitstaat, über dem die Gottbegnadeten thronen, niemals vor. Stöhnend quälte sich das an höhere Macht glaubende deutsche nationale Fr. Kolke, zerknirscht trante der Volksparteiler Ewers in den Paragrafen, und Dr. Geister, der beinahe einmal Sozialdemokrat werden wollte, bekundete nachträglich seine Freude über die glücklich überstandene Gefahr, die 1848 über der Schule schwebte. Die Herren hoffen alle sehnlichst, daß der Umwälzung doch eintritt und daß sie dann mit der Revolution die Neuerer insgesamt zur Reision bringen. Drei Jahre schäufte der wadere Herr Ewers noch die Zeitspanne, dann will er so weit sein, um das was war wieder werden zu lassen. Am interessantesten war das Geständnis vom Senatsrat, daß von einer Abkehrung eines unbeliebten bisherigen Rektors oder Direktors auch mit Zweidrittelmajorität nicht die Rede sein könne. Und in der vorigen Sitzung sollte dieses Zugeständnis die Rosine bilden, um den wichtigsten Paragraphen zu Fall zu bringen. Unsere Fraktionsredner, die Genossen Brehmer und Zander, wiesen kurz und faßlich die mit mehr Haß als Logik vorgebrachten Einwände der Gegner zurück. Recht eindringlich sprach Fr. Kolke. Schade, daß die tapfere Verteidigerin des neuen Schulsystems nur die halbe Fraktion der Demokraten hinter sich hatte. Aber die drei Mann verhinderten doch, daß die Ewersteute mit ihren Abänderungsanträgen bis auf einen allerdings sehr wichtigen nicht durchkamen.

Die Gesetzesvorlage wurde schließlich doch mit 33 Stimmen gegen 28 in namenhafter Abstimmung angenommen. Sie stammt nicht vom Senate, sondern sie ist ein Produkt des von der Bürgerschaft eingesetzten Ausschusses. Jahrelange Beratungen gingen ihr voraus. Was der Senat mit der Vorlage zu tun gedenkt, steht noch dahin. Er wird aber den Willen der Mehrheit auf die Dauer nicht misachten können.

Lebendig begraben! Die Kommunisten wollten bekanntlich am Sonntag am hellen Tage einen Hackelzug mit nachfolgendem Autodafé veranstalten. Dazu war der Befehl aus Moskau gekommen. Aber zu ihrem größten Leidwesen blieben, wie berichtet, die Trozkischen Regimenter aus. Wir schreiben geteilt hierzu, daß die zehn auf dem Mühlenbrink wartenden Mann deshalb der Ankunft eines großen Sarges aus Hamburg harrten, in dem sie sich begraben lassen wollten. Diese Darstellung stimmt nicht ganz. Lübecker Kommunisten waren, wie uns berichtet wird, schon lange selbst dabei, sich solche einen Sarg zu zimmern und sie arbeiteten in ihrer Unterfunktshütte im Balauerföhr mit voller Kraft, um dies Monstrum fertigzustellen. Sie vergrißen sich jedoch in der Größe und kamen in Streit darüber, ob dieses Grab für alle reichen würde. Abergläubisch wie die Russen sind, glaubten sie nämlich, daß ihr Leib sich im Tode ebenso ungeheuerlich aufblähe wie ihr Mundwerk im Leben. Und da hätten sie zu unruhig gelegen. Darum unterließ der Regensput.

w. Vorsicht beim Besteigen von Straßenbahnen während der Fahrt! Ein aufreger Vorfall spielte sich am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr am Rohlmarkt ab. Eine vom Volkstentor nach Richtung Mühlenföhr fahrende Straßenbahn hatte sich bereits wieder in Bewegung gesetzt und war schon in der Bewegung am Rohlmarkt scharf angefahren, als eine elegant gekleidete Dame von etwa 23 Jahren die Bahn, nur von einer Hand an der Halte-Ränge unterstügt, besteigen wollte. Infolge der feuchten Witterung rutschte sie aber sofort vom Trittbrett ab und fiel zwischen den ersten Wagen und seinem folgenden Anhänger. Die zahlreichen Anwesenden, die sich stets an dieser Umsteigestation befinden, ersagte ob dieser Situation ein großer Schrecken. Der dort zu dieser Zeit auf Posten befindliche Wachtmeister Lute erkannte sofort die Gefahr für die Dame; tatkräftig sprang er hinzu, rief die Dame, die bereits von dem Trittbrett des Anhängers herabgestürzt war, in der letzten Sekunde hervor und rief sie mit all seiner Kraft auf den Straßenbaum. Die Bahn fuhr weiter. Totenbleich und sehr stark beschämt erhob sich die Dame gleich darauf und eilte in großer Aufregung davon, einer schweren Gefahr dank der Unmüdigkeit und Gutesgegnung ihres Retters glücklich entronnen. — Wir können auch an dieser Stelle nur immer und immer wieder warnen, das Auf- und Abpringen von den in Fahrt befindlichen Straßenbahnen zu unterlassen, da dies stets mit Lebensgefahr für die Beteiligten verbunden ist. Und nicht immer ist eine rettende Hand, wie diesmal, schnell zur Stelle.

Der „Sozialdemokratische Abreißkalender“ ist für das Jahr 1925 von der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 wiederum neu herausgegeben worden. Der Kalender präsentiert sich auch diesmal als ein illustriertes Jahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild. Die Illustrationen lehnen sich an das Zeitgeschehen an, veranschaulichen wichtige parteigeschichtliche Ereignisse, feiern namhafte Männer der Politik, Kunst und Wissenschaft durch die Wiedergabe ihrer Porträts, führen Kunstwerke, Architekturen, Landschaften und Stadtbilder vor, geben bildmäßige Anleitung für Gartenkultur und Siedlungsarbeit usw. Alle diese Bilder sind auf der Schauseite, die zugleich das Kalendarium und die Gedentage trägt, untergebracht, während die Rückseiten in der gewöhnlichen Weise statistische Angaben, Zitate, Gebichte, Sprüche, parteigeschichtlich, gewerkschaftlich und genossenschaftlich beachtenswerte Hinweise enthalten. Der Druck ist durchweg in Tiefdrucktechnik hergestellt. Die braune Tönung, die diesem Druckverfahren eigen ist, verleiht dem Kalender etwas überaus Warmes und Farblich-Stimmungsvolles. So wird der Kalender in seiner Ausgestaltung nicht nur zu einem sozialistischen Quellenmaterial ersten Ranges, sondern zugleich zu einem Zimmerschmuck, zu einem graphischen Kunstwerk, an dem selbst der verwöhnteste Geschmack Gefallen finden dürfte. Hat sich der Vorwärtskalender schon seit Jahren in proletarischen Familien das Bürgerrecht erworben, so wird er sich in seiner neuen Gestalt sicherlich noch weitere Kreise erobern. — Der Preis des Abreißkalenders beträgt 2 Goldmark. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Das amerikanische Weihnachtschiff für Deutschland. Das Weihnachtschiff für Deutschland verließ am 28. November den New Yorker Hafen mit Gaben für bedürftige Witwen und Waisen, vor allem Kleidungsstücken und Lebensmittel. Frau Elisabeth Koltz vom Deutschen Roten Kreuz begleitete die amerikanische Führerin des Schiffes, Miss Komarov, von der Gesellschaft der Freunde in Philadelphia. Der Dampfer, den die Damen benutzten, ist ein Schiff der Hamburg-Amerika-Linie.

Die illustrierte Reichsbanner-Zeitung

Mit den offiziellen Nachrichten des Bundesvorstandes hat sieeben ihre erste Nummer herausgebracht. Sie erscheint wöchentlich und kostet im Postabonnemont monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,50 Mark. Als Verleger zeichnet: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, e. V., Magdeburg. (Einzelpreis 20 Pfg.)

Diese erste Nummer ist 16 Seiten Zeitungsformat stark, außerordentlich reich illustriert und textlich gehaltreich. Bundespräsident Hörsing eröffnet mit einigen kernigen Begrüßungsworten; ein Geleitwort von Redaktion und Herausgeber folgt; Mitteilungen des Bundesvorstandes schließen den offiziellen Teil. Es folgt ein Aufsatz von Dr. Hugo Preuß „Deutschlands nationaler Aufbau“, ein flammender Aufruf von Otto Weis: „Generalmarfch“, ein längerer Aufsatz von Bernhard Dernburg „Weshalb haben wir den Dawes-Plan angenommen?“, ein paar kurze, knappe Sätze von Dr. Wirth: „Für Schwarz-Rot-Gold“ trennen den politischen vom Unterhaltungssteil, der zunächst eine Erzählung von Leonhard Frank bringt. Später einen großen spannenden Roman bieten soll. Ein volkswirtschaftlicher Artikel über den „Stahlfeldmarkt“, ein paar freundliche Spalten über den „Stahlfeldmarkt“, von Hans Reimann, einige „Glossen“, eine Rätselrunde und ein Sportartikel „Sportkultur“ vollenden den reichen Inhalt dieser Erstlingsnummer.

Lübecker Bürgerschaft.

Der Geschenktwurf über die Selbstverwaltung der Schulen wird mit einfacher Mehrheit angenommen und dem Senat überwiesen.

b. Lübeck, 1. Dezember.

Der Wortführer Ehlers begrüßt das neue Bürgerrechtsgesetz als „Schlutup (Soz.)“, das an Stelle des zurückgetretenen Bürgerrechtsgesetzes Hagedorn tritt.

Wahl des Geschäftsvorstandes und der Ausschüsse.

Haut (Soz.) beantragt, den bisherigen Geschäftsvorstand wiederzuwählen. — Heilborn (Kom.) erhebt Widerspruch und verlangt Zettelwahl. Der Kommunisten-Fraktion gebühre nach ihrer Stärke der 2. Stellvertreter des Wortführers. Auf den bisherigen 1. Wortführer Ehlers (Soz.) entfallen 48 von 56 abgegebenen Stimmen, 1 Stimme auf Heilborn, 7 Zettel waren unbeschrieben. Zum 1. Stellvertreter des Wortführers wird Heilborn (Wirtschaftsag.) mit 55 von 63 Stimmen gewählt. (8 weiße Zettel wurden abgegeben.) Als 2. Stellvertreter erhält Hefti (Hausbes.) 45 von 67 abgegebenen Stimmen, 14 Stimmen entfallen auf 3 Kommunisten. — Die Gewählten danken für die Wahl.

Gingaben und Anträge.

Eingaben vom Philosophenverein, des Landesfachverbandes der Lübecker Speziallehrerinnen und der akademisch gebildeten Lehrerinnen wenden sich gegen den Inhalt des Gesetzes des Ausschusses für Unterricht, Kunst und Wissenschaft betr. Selbstverwaltung der Schulen. Ueber zwei Anträge auf Aufhebung der Immunität berichtet der Vorsitzende des Aelterenausshusses, Haut. Es handelt sich um Dr. Leber wegen des Artikels „Der völkische Held von Palästina“ und um Dr. Wittern, der mit einem seiner Parteifreunde eine Differenz hat. Der Aelterenausshuß ist geteilter Meinung und beantragt bei Dr. Leber Aufhebung der Immunität. Die erste Abstimmung, die angewandt wird, ergibt 30 gegen 29 Stimmen für die Aufhebung. Ein Antrag auf nachmalige Abstimmung wird mit 32 gegen 28 Stimmen abgelehnt. — Die Aufhebung der Immunität Dr. Witterns wird mit derselben Stimmenzahl beschloffen. — Dr. Wittern wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen einen sozialdemokratischen Zwischenruf, der ihm unterschoben habe, daß er die Ablehnung der Aufhebung seiner Immunität erwartet hätte. — Dr. Leber (Soz.) erklärt, daß er grundsätzlich gegen die Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten sei.

Arbeiterfeindliche Unternehmer.

Wir sind die Herren!

Wie Kapitalisten sich die Freiheit vorstellten, haben die Näherinnen der Firma Hermann Behn & Co. im letzten Jahre in Erfahrung gebracht. Wer wird sich nicht noch des schönen Sprüchens der Reichstagswahlen von 1920, sowie der Bürgerrechtswahlen von 1921 erinnern: Von roten Ketten machi Euch frei allein die Deutsche Volkspartei! Als Spitzenkandidat bei den Bürgerrechtswahlen fungierte Herr Hermann Behn, und nun gestatten Sie uns, die Verhältnisse bei der Firma etwas näher zu beleuchten.

Als Ende des vorigen Jahres die Stabilisierung eintrat, gedachte auch die Firma Behn mit ihren Näherinnen allein zu verhandeln, die Arbeiterinnen, für die bis dahin der Bekleidungsarbeiter-Verband fast jede Woche eine Löhnerhöhung herausgeholt hatte, waren der Meinung, daß der Verband jetzt wieder überflüssig sei und ein Teil dieser Näherinnen kehrte dem Verbande den Rücken, um mit der Firma in gutem Einvernehmen zu leben. Es vergingen einige Wochen und schon erzählten diese Näherinnen, daß ein Arbeitgeber von selbst keine Erhöhung vornahm. Als wir nämlich am 19. Mai 1924 mit den maßgebenden Firmen einen Tarif abschlossen, der einen Spitzenlohn für Weibnäherinnen von 45 Pfg. pro Stunde vorsah, bezahlte Behn & Co., nachdem die Näherinnen vorzeitig geworden waren, 42 Pfg. pro Stunde. Auch diese 3 Pfg. Unterschied ließen die Näherinnen sich noch gefallen. Aber als wir nun am 13. Oktober einen Spitzenlohn von 55 Pfg. pro Stunde abschlossen und die Firma wieder auf Vorstellung nur 46 Pfg. bezahlen wollte, merkten diese Näherinnen erst, wie das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausseh, und eben so schnell, wie sie uns verlassen hatten, kam dieser abtrünnige Teil wieder zu uns. Denn 9 Pfg. pro Stunde war ihnen das gute Einvernehmen denn doch nicht wert. Der Vorsitzende frug nun telefonisch bei der Firma an, ob dieselbe bereit wäre, mit uns zu verhandeln. Antwort von Herrn Scheel, Mitinhaber der Firma H. Behn & Co.: Die Zeiten, wo wir mit ihrer Organisation verhandeln, sind vorbei und der Hörer war angehängt. Aber wir sind ja nicht so schrochhaft und der Vorsitzende frug nun persönlich bei der Firma vor. Auch jetzt wurde dieser wieder von Herrn Scheel empfangen und ihm wurde etwa folgendes gesagt: Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß die Zeiten, mit ihrer Organisation zu verhandeln, vorbei sind. Ich will „freier Mann“ sein und werde allein wissen, was ich meinen Leuten zu zahlen habe. Also ein Verhandeln gibt es nicht. Nun blieb uns weiter nichts übrig, als den Schlichtungsausschuß anzurufen. Wohl gemerkt, im Auftrag der Näherinnen. Der Schlichtungsausschuß war der Meinung, daß die Verhandlungsmöglichkeit noch nicht erschöpft wäre und empfahl den Parteien nochmals zu verhandeln. Bevor wir nun unseren Kolleginnen überhaupt über die Verhandlung beim Schlichtungsausschuß Bericht erstatten konnten, ließ der Profurist Herr Rajch, vor nicht langer Zeit selbst noch einfacher Angestellter, die Näherinnen gleich nach Arbeitschluß ins Privatkontor rufen und legte ihnen ein Schriftstück vor, wonach sie sich erklären mußten, daß sie sich mit 50 Pfg. zufrieden geben und nur noch mit dem Chef verhandeln würden. Wir haben trotzdem bei der Firma in der höflichsten Form um eine Verhandlung nachgesucht, indem wir erklärten, daß wir die indirekt aufgezwungene Unterschrift für uns als nicht bestehend betrachteten und bis zum 30. 11. 24 um Antwort haben, ob die Firma bereit wäre, dem Rat des Schlichtungsausschusses zu folgen und mit uns zu verhandeln. Bis heute hat die Firma es nicht für nötig gehalten, überhaupt eine Antwort zu erteilen. Uns blieb nur noch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit über das Verhalten der vornehmen Firma zu unterrichten. Aber noch eins; jetzt buhlt diese Gesellschaft wieder um die Stimmen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir aber rufen vor allen den Arbeiterinnen zu: laßt euch nicht von den bürgerlichen Parteien einfangen, denn diese haben kein Interesse für Euer Wohlergehen, sie denken alle nur, sich auf Kosten der Dummheit ihre eigenen Taschen zu füllen.

Für die wirtschaftlich Schwachen gibt es nur eine Partei, bei der wir auch stets für Gewerkschaftsfragen Verständnis gefunden haben, und das ist die Sozialdemokratische Partei. Das wird sich jeder am 7. Dezember merken müssen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes Ortsgruppe Lübeck.

Der Staatsanwalt teilt mit, er habe Strafantrag gegen Heilborn (Kom.) wegen Beleidigung durch die Presse gestellt. Ebenso will das Amtsgericht Schwartau gegen Windisch (Kom.) vorgehen wegen Bergehens gegen die Kirchhofsordnung. Die Anträge werden dem Aelterenausshuß überwiesen.

Die Kommunisten-Fraktion stellt folgenden Dringlichkeitsantrag: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sofort Vorsehre zu treffen, daß den erwerbslosen Seelenteu eben so wie den übrigen Erwerbslosen nach dreitägiger Erwerbslosigkeit Erwerbslojenunterstützung ausgezahlt wird. Bis zur endgültigen Regelung durch das Reich erfolgt die Unterstützung aus Mitteln des Lübecker Staates. Zu diesem Zwecke werden dem Wohlfahrtsamt aus Abschnitt 19 des Haushaltsplanes 25 000 Mark zur Verfügung gestellt.“ — Senator Dr. Vermehren bemerkt, das Wohlfahrtsamt sei den Seelenteu jetzt schon behilflich. Der Senat habe wiederholt bei der Reichsregierung im Sinne des Antrages gemacht. — Der Antrag wird angenommen.

Ein demokratischer Dringlichkeitsantrag besagt: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Besoldungsrecht vom 1. Juni 1924 (16. Ergänzung des Besoldungsgeleges vom 24. Mai 1924), welches durch die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 25. November 1924 in seiner Weise behoben ist, durch eine Besoldungsregelung, die den sozialen Bedürfnissen der unteren und mittleren Beamten- und Angestellten-Gruppen mehr Rechnung trägt, beseitigt werde.“ — Der Senat erklärt, daß er gegen die Zurücklegung Lübeds von Ortsklasse A in B wiederholt bei der Reichsregierung Einspruch erhoben habe.

Selbstverwaltung der Schulen.

Die demokratische Fraktion reicht einen längeren, weiter unten abgedruckten Antrag ein, der die Stellung der bisherigen Direktoren und Direktoren betrifft.

Dr. Geister (Hausbes.) wendet sich gegen Vorwürfe, die in der Presse gegen die Minderheit des Ausschusses erhoben worden seien. Die Selbstverwaltung sei in einigen Staaten bereits wieder im Abbau begriffen. Seine Fraktion solle die Selbstverwaltung nicht parteipolitisch auf. Unter kleiner Staat könne sich nicht außerhalb der anderen Staaten stellen. In Preußen wolle man von der Selbstverwaltung nichts wissen. (Zuruf: Bei den Sozial-

demokratischen. Unter Brecht kein Wunder! Ebenfalls steht es in Thüringen. (Zurück: Bei den Wahlen!) Auch historisch bedacht, müsse man die Selbstverwaltung ablehnen. Man habe sich in Preußen gefreut, daß sie 1848 nicht durchgeführt worden sei. Es sei zu bezweifeln, ob heute die Fähigkeiten und Schulungen vorhanden seien, um ein anderes Schulsystem einzuführen. Dieses fordere auch eine erweiterte staatliche Aufsicht. In der Frage der Wahl des Schulleiters und in der Befestigung ungewisser Schulleiter wolle man weitestgehend entgegenkommen. Das Beamtenrecht müsse aber gelockert bleiben. Seine Forderung sei gewillt, Klassenlehrer zu bewilligen. Gegenüber der rechtlichen Stellung der bisherigen Schulleiter unterschreibe er den demokratischen Antrag. Der Redner erwidert, die Vorlage an die Oberbehörde und den Senat zurückzuweisen mit dem Entschluß, baldmöglichst eine neue Vorlage einzubringen. — Fr. K. K. (Wirtshg.) ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Die Rednerin hält wohl einen gewissen Einfluß des Lehrpersonals auf die Wahl des Schulleiters für gut, wendet sich aber sonst gegen die Elternratswahl. Die Schule soll politisiert werden, so wolle es die Linksparteien. Die Politisierung der Schule werde die Schule vernichten und ewige Konflikte seien die Folge.

Brecht (Soz.) erwidert im Antrag Dr. Geißler nur eine Beschränkung. Die Anträge der Minderheit seien im Ausschuß schon gefällig erklärt worden. Aus der Vorlage eine Politisierung herauszufinden, wie es Fr. K. K. zu tun versuche, sei unangebracht. Gerade weil sich gegen eine Politisierung der Schule wende, müsse für die Vorlage eingetreten. Es sei doch nicht zu leugnen, daß diese bisher eine Rolle gespielt habe. Herr Dr. Geißler müsse erwidert werden, daß man gerade in Thüringen die Schulverwaltung nur vom politischen Standpunkt aus betrachtet habe, seitdem die reaktionäre Regierung am Ruder sei. Der Redner bekämpft ferner die Ansicht, daß durch eine kollegiale Schulverwaltung keine Ordnung anreicherlicher werden könne und verweist auf die kollegiale Leitung des süddeutschen Staatswesens durch den Senat. Hier habe das kollegiale Verhältnis immer gut funktioniert. Der Redner wendet sich des weiteren gegen die Forderungen des Senats Dr. Vermeiren, die Auffassung der Oberbehörde habe diese sich mit derjenigen der Minderheit. Eine Abstimmung habe in der Oberbehörde seit langem nicht mehr stattgefunden. Vor einiger Zeit habe die Oberbehörde selbst den Wunsch ausgesprochen, die Vertreter möchten mit dem Ausschuß zu einer Uebereinstimmung gelangen. Zu einer neuen Stellungnahme habe die Oberbehörde nicht aufgerufen. Heute stehe die Oberbehörde nicht mehr hinter der Minderheit des Ausschusses.

Senator Dr. Vermeiren erklärt, die Oberbehörde habe erneut darüber gesprochen, in welchen Punkten man dem Ausschuß entgegenkommen wolle. Eine formelle Abstimmung habe allerdings nicht stattgefunden. Der Vergleich des Vordrängers mit dem Senat könne nicht angewandt werden. Politik sei bisher in der Schule nicht getrieben worden. Vaterländische Gesinnung sei keine Politik. (Zurück bei den Sozialdemokraten: So wie ich sie meine!) — Fr. K. K. (Wirtshg.) verweist unter den bekämpften Einzelheiten die Hervorhebung des ungeordneten Wertes der Grundgedanken des Gesetzes. Der einzelne Lehrer müsse seine Kräfte frei entfalten können. Durch die Mitarbeit werde er mitverantwortlich am Ganzen. Die Zusammenarbeit führe zur Arbeitsgemeinschaft. Wollte man ein Volk zur Freiheit führen, müsse es zuerst freigesprochen werden. Die Wahl des Schulleiters sei der grundsätzliche Punkt, die Wahl auf Lebenszeit nicht zu verantworten. Der Vorschlag von Senator Dr. Vermeiren, den Schulleiter abzusetzen, wenn 2/3 des Lehrpersonals das fordere, sei unmöglich. Ein auf Lebenszeit gemählter Schulleiter werde auf die Dauer immer mehr zum Verwaltungsbeamten. Auch ein weitgehendes Konferenzenrecht der Lehrer könne Konflikte nicht vermeiden. Das Lehrkollegium wolle einen Leiter, zu dem es Vertrauen habe. Ueberhaupt sei der Einfluß der Behörde so weitgehend gestiegen, daß man nicht mehr von einem extremen Gesetz sprechen könne. Die Gutachten können nicht ohne weiteres als maßgebend gelten, insbesondere von Preußen und Thüringen nicht, wo die Reaktion an die Regierung kam. Die Selbstverwaltung sei erst im Werden und ein Ausdruck des demokratischen Volksgedankens. Das Gutachten des Hamburger Landesparlamentarier spreche sich im größten Ausmaß sehr günstig über die Selbstverwaltung aus. Im weiteren kritisiert die Rednerin die Fragestellung bei der Abstimmung. Bei so unklaren Fragen habe sich die Lehrerschaft verhalten müssen. Auf die klare Frage der Schulleiterwahl hätten sich 85 % der Lehrer für die vorgelegene Wahl ausgesprochen. Mehr als die Hälfte seien für die Vereinfachung der Eltern. Der Elternrat dürfe nicht auf der Klassenwahl aufbauen sein. Klassenlehrerbestände werden keine Vermeidung politischer Beeinflussung nach sich ziehen. Wollte man die Eltern für die Schule gewinnen, so müßte man ihnen auch einen Einfluß gewähren. Der Schulleiter habe sich in Hamburg gut bewährt. Um der rechtlichen Seite der Frage des Amtes der Schulleiter gerecht zu werden, habe ihre Forderung eine andere Fassung beschaffen. Beamtenrechte sollten nicht angefallen werden. Im ganzen handle es sich nicht um einen Kampf gegen die Direktoren und Direktoren, sondern um einen solchen gegen das alte System. Die jahrelange Arbeit an diesem Gesetz dürfe nicht vergebens sein. Man solle die eigenen Bedenken zurücklassen. — Dr. Dietz (Soz.) erklärt seine Zustimmung zu dem demokratischen Änderungsantrag und beantragt Schluß der Generaldebatte. Es wird demgemäß beschlossen.

In der Spezialdebatte er'art Ewers (Wirtshg.), die Beteiligung an dieser bedeute nicht, daß seine Fraktion eine Grenzwahl des Gesetzes sei. Sie wolle nur Verbesserungsanträge stellen. Er wendet sich insbesondere gegen den § 17, der pro-

vozierend und politisch wirke. Dem Elternrat dürfe man nicht Rechte einzudämmen, die nur Beamte wahrnehmen könnten. — Jander (Soz.) betont, es handelt sich hier um die rein pädagogische Seite. Es gebe auch unter den Eltern sehr verdrehte Ansichten über neue Methoden in den Schulen. Für die Lehrerschaft sei es sehr wertvoll, die Meinung der Eltern zu ändern und Verständnis für das Neue aufzubringen. Die Eltern sollen kein Recht der Beaufsichtigung haben, sondern nur zuzuhören und später mit dem Lehrer darüber sprechen. Der Antrag 2 verneine auch das Aufsichtrecht der Eltern. — Der Antrag Ewers (Wirtshg.) auf Streichung des § 17 wird mit 31 gegen 29 Stimmen abgelehnt. — Dr. J. J. (Wirtshg.) beantragt eine Abänderung, wonach die Lehrer die Teilnahme am Unterricht den Eltern auf Wunsch gestatten können. — Der § 17 wird in der ursprünglichen Fassung mit 30 gegen 28 Stimmen angenommen. — Bei den §§ 18, 19 bemängelt Ewers (Wirtshg.) die Verhältniswahl des Elternrats und Schulbeirats. Dieses Wahlsystem sei bei der Elternwahl unsinnig. Er beantragt, daß die Einzelheiten durch eine vom Senat zu erlassende Wahlordnung geregelt werden. Dieser Antrag wird abgelehnt. Die gedruckt vorliegende Fassung angenommen. — Die §§ 27-39 (Schulbeirat) beantragt Ewers (Wirtshg.) zu streichen. Es sei für ein republikanisches Staatswesen ein laies Schulleitung. Nützliche Arbeiten werde der Schulbeirat nicht leisten. — Der Antrag Ewers wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag Ewers zu § 30 (Zusammenlegung der Elternräte nach Schulgattungen und Wahlbestimmungen) wird mit 30 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Mit demselben Stimmenverhältnis wird auch der gedruckt vorliegende Antrag abgelehnt. — Ewers (Wirtshg.) beantragt, das Gesetz mit dem 1. April 1928 außer Kraft zu setzen. — Der Antrag wird abgelehnt. — Darauf wird die ganze Vorlage angenommen.

Zu den Uebergangsbestimmungen beantragen die Demokraten: Den bisherigen Direktoren und Direktoren ist freigestellt, entweder das Amt eines Schulleiters im Sinne dieses Gesetzes auszuüben oder als Lehrer im Schuldienst zu bleiben, sofern nicht ihre Beförderung in den einseitigen oder dauernden Ruhestand erfolgt. Die Entscheidung ist beim Inkrafttreten dieses Gesetzes zu treffen. Bisherige Direktoren oder Direktoren, die als Schulleiter oder Lehrer im Amte verbleiben, behalten ihre bisherige Amtsbezeichnung und das Dienstverhältnis ihrer bisherigen Stelle. Werden die Gehälter der Lehrer erhöht, so erhalten die im Schuldienst tätigen früheren Direktoren und Direktoren, falls dieses für sie günstiger ist, die Bezüge der im Dienstalter gleichstehenden Lehrer.

Dr. Wittern (Wirtshg.) ist der Ansicht, daß dieser Antrag weder mit der Verfassung noch mit den wohlverordneten Beamtenrechten und dem Disziplinarrecht im Einklang stehe. — Senator Dr. Vermeiren sagt, die Bürgerchaft sei nicht in der Lage, hier eine klare Entscheidung zu geben. Das müsse gerichtlicher Entscheidung vorbehalten bleiben. Selbstverständlich könnten die jetzt im Amte befindlichen Beamten nicht durch Dreiertelmehrheit ihres Amtes entlassen werden. So etwas habe man auch nicht gemeint. Es komme auf die Anstellungsbedingungen an. Die jetzigen Direktoren und Direktoren hielten auf ihrem Recht. — Dr. Wittern (Wirtshg.) verteidigt seine Rechtsauffassung und betont, die Direktoren und Direktoren könnten unter Umständen sehr wohl ihre Stellung auf dem Altare des Volkes opfern, wenn es notwendig sei. — Senator Dr. Vermeiren erklärt, die Direktoren und Direktoren würden gerne so handeln, wenn sie in der Vorlage nicht eine Schädigung des Vaterlandes erblickten. — Fr. K. K. (Wirtshg.) und Dr. Breinig (Wirtshg.) sprechen über die Pflicht der Weiterführung des Amtes, das einen neuen Inhalt habe. Wollten die Direktoren oder Direktoren weder das eine noch das andere, so müßte eben auf dem Disziplinarwege eingeschritten werden. — Fr. K. K. (Wirtshg.) verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Direktoren und Direktoren hielten auf ihren Gehaltsrechten. Kein anderer Beamter würde freiwillig auf seine Stellung verzichten. Man müßte so viel Ehrgefühl aufbringen, um das bisher geleistete anzuerkennen. — Dr. Wittern (Wirtshg.) wendet sich gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die doch die Trägerin der positiven Anträge des Ausschusses sei. (Wiesache zurufe bei den Soz.) Die Sozialdemokraten hätten ihn (den Redner) selbst gebeten, das Gesetz durchzusetzen. (Große Unruhe und Widerspruch bei den Soz.) Dr. Wittern betreibt sich und sagt, im Ausschuß habe man ihn darum gebeten. Im übrigen sei die alte Fassung besser. Aus der Eingabe des Philosophenvereins sei nicht herauszubringen, was er eigentlich wolle. — Dr. Breinig (Wirtshg.): Ich sowohl wie Fr. K. K. haben die Verdienste der Direktoren und Direktoren nicht angezweifelt, sondern nur auf die juristischen Bedenken hingewiesen. Aber die Systemänderung darf nicht unterbunden werden. — Senator Dr. Vermeiren hält die Zustimmung an die Direktoren und Direktoren für ungeheuerlich. — Fr. K. K. (Wirtshg.) erklärt, niemand wolle eine gehaltliche Schädigung der Direktoren und Direktoren. Sie sollten ihr Amt nicht einbüßen, aber im Sinne der neuen Bestimmungen ausüben. — Der § 18 wird in der von den Demokraten beantragten Fassung angenommen. — Die Abstimmung über das Gesetz ist namentlich. Es wird mit 32 gegen 28 Stimmen beschlossen, das Gesetz mit den beschlossenen Änderungen dem Senat zu überweisen. — Die weiteren mit dem Gesetz zusammenhängenden Anträge werden ebenfalls dem Senat zur Berücksichtigung überwiesen.

Angenommen in 2. Lesung wurde der Senatsantrag über den Entwurf der Lübecker Landesverfassung. Am 10 Uhr wird in der weiteren Tagesordnung fortgefahren.

und alle übrigen Wissensbüchereien weggraupte. Unter Bibliotheksweisen hat, wie ein Studium der amtlichen Berichte und die gelehrten Kritiken von Zeitschriften des In- und Auslandes erweisen, weder wissenschaftlich noch organisatorisch, noch im Besonderen auf der Höhe gestanden wie unter dem jetzigen Leiter, dem „Parteiorganisator“. Als vorgeschügter Grund gegen die Annahme der Vorlage wurde das Staatsarchiv ins Feld geführt, und als dieses offiziell abwickelte und den schnellen Erweiterungsbau der Stadtbibliothek dringend empfahl, ging der Dunkelmann mit der Unwahrheit krebend, daß an der Stelle der beiden niedrigeren Häuser an der Hundestraße Büchermagazine errichtet werden sollen. Wieder vorbeigekommen oder demagogisch einseitig! Das ist so die Art wie schon früher von Spießbürgerkreisen Kulturvorlagen kaputt gemacht wurden.

Und der „Bücherkommunist“ tut in das gleiche Horn. Ihm ist die Bibliothek zu „bürgerlich“. Er gibt sich nicht die Mühe, die Kataloge nach proletarischer Literatur durchzusehen, sondern urteilt auf Grund von ein paar Auswahl-Anzeigen, die er noch nicht einmal aufmerksam gelesen hat. Wozu braucht der Arbeiter auch Bildung! Und wenn der Kommunisten-Ausplünder Lenin nicht mit allen seinen Schriften in der Bibliothek vertreten ist, dann taugt sie nichts und kann ruhig geschlossen werden jenseit der gegenständlichen Landeswanderbücherei, die bis ins kleinste Dorf dem Arbeiter gute Literatur bringt! Wir können nicht glauben, daß es Fraktionen gibt, die solchen Wahnwitz mitmachen. Die Verquickung mit anderen Vorlagen ist natürlich ein Anfang.

Lübecker Teuerungsziffern im November.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgelegte Normalration zugrunde. Sie enthält Lebensmittel, Brennstoffe, Leuchtmittel, den monatlichen Mietpreis einer Zweizimmerwohnung und Bekleidung für eine aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1/2 Jahren bestehende Familie. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse für vier Wochen erforderlich ist. Die Teuerungsziffer dagegen gibt an, um wieviel der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Auf Grund der Preiserhebungen sind für November folgende Teuerungsziffern berechnet:

	Teuerungszahl in Goldmark	Teuerungsziffer (1913/14 = 100)	Veränderung gegen die Vorwoche bezw. von Vormonat %
5. November 1924:	120,96	128,94	+ 0,08
12. November 1924:	121,20	129,20	+ 0,20
18. November 1924:	121,20	129,20	—
25. November 1924:	118,25	127,11	- 1,61
November-Durchschn.	120,65	128,61	+ 1,59

Die im ganzen Monat Oktober anhaltende Preissteigerung machte sich auch noch in der ersten Hälfte des Berichtsmonats bemerkbar; die Erhöhungen waren nur gering. In der dritten Woche blieben dann die Preise stehen, um in der letzten etwas nachzugeben. Für den Monatsdurchschnitt berechnete sich die Teuerungszahl auf 120,65, die Teuerungsziffer auf 128,61. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Steigerung um 1,59 Proz. Heizungs- und Beleuchtungsstoffe sowie die Wohnungsmiete, 104,38 Mk. und 129,63 Mk.; die Erhöhung betrug hier 1,52 Proz. Die Ausgaben für Lebensmittel erhöhten sich um 2,04 Prozent und die für Bekleidung um 2,02 Prozent. Unverändert blieben Heizungs- und Beleuchtungsstoffe sowie die Wohnungsmiete. Seit Ende Oktober bis Ende November sind teurer geworden Nahrungsmittel und Eier, während sich Gemüse, Auslandsschmalz, Schellfisch und Zucker verbilligten; die übrigen Bedarfsgegenstände erfahren keine Preisveränderung.

Die Verteuerung gegenüber der Vorkriegszeit stellte sich Ende November für Lebensmittel auf 39,9 Proz., für Heizung auf 42,2 Prozent, für Bekleidung auf 38,4 Proz. und für Wohnungsmiete auf 23,3 Proz., während die Miete noch um 15,0 Proz. hinter dem Friedensstand zurückblieb. Die Konzentration erforderte eine um 27,1 Proz. höhere Summe als 1913/14. Im einzelnen waren die häufigsten Preise Ende November 1924 und im Durchschnitt 1913/14 in Pfennigen für 1 Kilogramm: Roggenbrot 30 1/2 (22), Weizenmehl 52 (32), Nahrungsmittel 56 (46), Kartoffeln 14 (8), inländischer Speck 320 (190), inländische Butter 500 (290), Margarine 160 (160), ausländisches Schmalz 220 (160), Salzheringe 120 (60), Dorsch 160 (85), Zucker 66 (45), Eier (1 Stück) 23 (10), Vollmilch (1 Liter) 30 (19), Weizen (1 Zentner) 170 (120), Gas 19 (13) und Elektrizität 60 (45); die monatlichen Mieten für eine Zweizimmerwohnung betragen 1530 (1800) Pfennige.

Muß der Hauswirt die Aufnahme der Verwandten des Mieters dulden?

Vom Mietvertragsgesetz wird uns geschrieben: Nach § 2 des Mietvertragsgesetzes kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes beläßt, obwohl er zur Ueberlassung nicht befugt ist. Manche Vermieter lassen diese Bestimmung so auf, daß jede Aufnahme von Familienangehörigen, die zurzeit der Vermietung nicht zur Hausgemeinschaft des Mieters gehörten, von Gästen, von Verwandten, die längere Zeit beschuldigt bei dem Mieter verweilen, oder von Pflegekindern eine unbefugte Gebrauchsunbefugung sei, die, wenn sie auf Aufhebung des Mietverhältnisses nicht ausgehen wird, einen Mietvertragsbruch bildet. Eine solche Auslegung der erwähnten Gesetzesbestimmung geht fehl. Der Gesetzgeber hat vielmehr die Fälle im Auge, wo der Gebrauch der Mietsache ganz oder teilweise unbefugt einem Dritten zur selbständigen Benutzung überlassen, insbesondere die Sache weiter vermietet wird. Verweigert der Vermieter die nachgesuchte Erlaubnis zu solcher Gebrauchsunbefugung ohne wichtigen Grund, so kann das Mietvertragsgesetz § 29 des Mietvertragsgesetzes die Erlaubnis des Vermieters auf Antrag des Mieters ersuchen. Nur wenn der Mieter in Fällen der letztgenannten Art dem Dritten den selbständigen Gebrauch der Mietsache unbefugt beläßt, ist der Tatbestand des § 2 des Mietvertragsgesetzes als erfüllt anzusehen. In diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung von Interesse, die das Landgericht Lübeck kürzlich gefällt hat. Es führt aus:

„Darin, daß der Mieter seinen Kassen für die Dauer der Verleihen bei sich aufnimmt, kann nicht ohne weiteres eine unbefugte Gebrauchsunbefugung im Sinne des § 2 des Mietvertragsgesetzes gesehen werden. Das Gesetz denkt hier vielmehr vor allem an solche Fälle, in denen der Mieter nicht seiner Verfügungsgewalt über die Wohnung begibt. Die Aufnahme von Familienmitgliedern, Gästen oder Diensthofen kann dem Mieter, als zum normalen Gebrauch der Mietsache gehörig, nicht unterlagt werden. In solchen Fällen handelt es sich nicht um „Dritte“ im Sinne des § 2 des Mietvertragsgesetzes, da der Mieter diesen nur den Aufenthalt in der Wohnung gestattet, jedoch den selbständigen Gebrauch der Wohnung nicht überläßt.“

Zirkulare, Wählerversammlung. Eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche, gutbesuchte Wählerversammlung taute hier am letzten Sonntag in der Gaubwirtschaft von Steen. Als Referent war der Genosse U. D. im Amt aus Lübeck erschienen, der den Anwesenden eingehend die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl vor Augen führte, wobei er besonders die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Dawes-Gutachten und zu den Getreidehöhen behandelte und zum Schluß die Anwesenden ersuchte, reichlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und ihre Stimme der sozialdemokratischen Partei, der

Es ist da! Das Gespenst aus Lübeck. Gegenwärtig ist der Hamburger Dom wieder im Gange. Und dort wird nach einem Interim in Hamburg Fremdenblat folgende Attraktion angeordnet: Der Spuk von Lübeck vom 7. 10. 24 in Original zeigt sich dem Publikum auf dem Seilengestell in der 1. Ueberrunde gegenüber den Seitentribünen und dürfte wohl die eleganteste Schau des diesjährigen Jahres sein. Kräulein Marika Götz wird durch ihre Kunst das Publikum in atomischer Spannung halten. — Ja was man es mit einem hübschen Bauchreden nicht alles bringen kann!

Sauft-Theater. Aus dem Theaterbureau wird mitgeteilt, daß die Vorstellungen der Tegermeier täglich 7.30 Uhr beginnen und daß um dänisches Kommen gebeten wird, damit Störungen vermieden werden. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Hauptplatztribünen und die Seitentribünen sowie das Tegermeier-Orchester in einem Zustände auf der großen Bühne geboten werden, weil der Grundstücksbesitzer Herr Dr. Kubener im letzten Moment die Landdarbietungen in den Vorreden unterläßt hat. Die Direktion der Tegermeier möchte auch den Melodien der Mante Tegermeier Darbietungen bringen. Man gelandete (unbegreiflich) wegen sehr sich die Direktion jedoch verweigert, alle Tegermeier Darbietungen nur im Theater stattfinden zu lassen.

Stadthallen-Vorfälle. Rosenmontag, das erfolgreiche Drama anjetzt so früh verstorbenen Dichters Otto Erich Hartleben, ist nunmehr auch verfilmt worden. Dr. Afierich hat das Bild gefilmt in Filmstreifen gefertigt. Doch ist es etwas lang geraten. Die Direktion läßt darum die acht Akte in unmittelbarer Folge, ohne jede Pause ablaufen. Das war ein guter Einfall. So wird die Spannung nicht getrieben. Es ist ein Meisterstück der Photographie. Der Inhalt behandelt das preußische Offiziersleben in einer kleinen Garnison der Vorkriegszeit. Rudolf Helmsens Regie hat die Vergangenheit wieder neu zum Leben erweckt. Die Tugenden des Soldatenlebens sind mit viel Begabung wiedergegeben. Die Offiziersleben ausgezeichnet gefilmt. Dr. Graf Dietze stellt den jungen Hauptmannlichen Bedmann Hans darunter sehr natürlich dar. Auch Helge Helmsens verleiht der Rolle der Braute Reimann unverwundlich Charmant und die nötige Sentimentalität und Gefühlstiefe. Ganz ausgezeichnet wird die Generalstimme von Maria Reichenhoyer gegeben.

geben. Der tragische Konflikt führt bekanntlich zum Selbstmord des unterworfenen frischen Leutnants und seiner nicht kandesgemäßen Braut und beleuchtet so den Kapitän, die Brutalität und das Strebertum des ehemaligen Offizierskorps ganz eingehend. Die Groteske „Bontler im Lunapark“ bringt durch die akrobatische Komik des schönen Willibald aus Amerika die Besucher zum Lachen und die Wochenblätter unterrichtet über das „Reise“.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Bergedorf, der im Jahre 1922 in Heilshafen ein Pferd mit samt dem Wagen gestohlen hatte. Der Dieb hatte es bisher verstanden, sich unter einem falschen Namen zu verbergen. — Ein Arbeiter aus Rüdow beunruhigte eine Wirtschaft in Rüdow. Als er sich einen Augenblick unachtsam glaubte, machte er einen Griff in die Kassenkassette und erbeutete 7 Mark. Der Diebstahl wurde indessen bald bemerkt und der Dieb in Rüdow festgenommen, als er im Besitz war mit der Straßenbahn nach Lübeck zu fahren. — Von einem in der Moislinger Allee mohnhaften Hausangehörigen wurde im Vorgarten ein Ledermantel gefunden, in dessen Taschen sich ein Dietrich und ein Stück Sandpapier befanden. Im Gebüsch der Anlagen in der Nähe des Museums wurde ein Herrenfahrrad Marke „R. S. C. Solingen“ vorgefunden. Der rechtmäßige Eigentümer kann das Rad im Büro der Kriminalpolizei in Empfang nehmen.

Dunkelmänner.

Der „Kommunist“ und die „Lübecker Anzeigen“ als „Freunde der Volksbildung“. Der Erweiterungsbau der Stadtbibliothek ist zur Ergänzung dieser größten Anstalt der öffentlichen Volksbildung und der Wissenschaft unserer Stadt geworden. Das hindert den „Lübecker Kommunisten“ und seinen rechten Bruder nicht, mit den demagogischen Mitteln die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Ein anonymes Einjender hat in den Anzeigen wiederholt das Wort erhalten, um aus der Bedachung des Punktes her den Direktor der Bibliothek anzusehen, dessen Parteizugehörigkeit zur SPD ihm ein Dorn im Auge ist. Wieviel besser würde sich an dieser Stelle doch ein nicht politischer Tätiger machen, der wie der verlassene Bibliotheksleiter die Anzahl der Benutzten öffnete

Amthlicher Teil

Auf Grund § 2 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Änderung der Regelung des Verkehrs mit Milch vom 6. Juni 1924 und § 1 der überföhrlichen Ausführungsbestimmungen vom 22. November 1924 wird bestimmt:

Der Handel mit Vollmilch, Magermilch und Sahne im Staatsgebiet Lübeck ist von einer besonderen Erlaubnis abhängig. Der Antrag auf Erlaubniserteilung ist schriftlich an das Polizeiamt zu richten.

Lübeck, 1. Dezember 1924. Das Polizeiamt.

Durch Ausschlußurteil vom 6. November 1924 sind die Hypothekenbriefe über die im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz Blatt 8.91 in Abteilung III unter Nr. 1, 2a und 3 für den Rechtsanwalt Dr. Martin Meyer in Lübeck eintragenen Hypotheken von 4500 Mk., 7000 Mk. und 6500 Mk. zu Lasten des Grundstücks Lachwehr-Allee 21 für kraftlos erklärt.

Amtsgericht Lübeck, Abt. 7.

Konkurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Max Heinrich Rudolf Pauls, alleinigen Inhabers der Firma Max Pauls, Kältearohhandlung in Lübeck, Gr. Burgstraße Nr. 48, wird heute, am 1. Dezember 1924, nachmittags 1 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Niels Jensen in Lübeck, Gr. Burgstr. 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 30. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Januar 1925 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 6. Februar 1925, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Januar 1925 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 1. Dezember 1924. Das Amtsgericht, Abt. 2.

Konkurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Christian William Walter Braune in Lübeck, Mengstraße 2, alleinigen Inhabers der Firma Walter Braune, wird heute am 1. Dezember 1924, nachmittags 1 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt von Deuß in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet

am 30. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

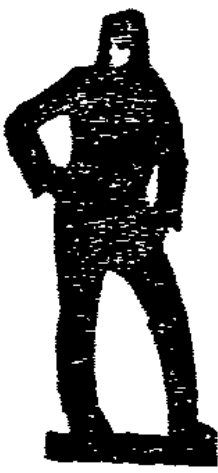
Konkursforderungen sind bis zum 20. Januar 1925 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet

am 6. Februar 1925, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Januar 1925 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 1. Dezember 1924. Das Amtsgericht, Abt. 2.

Nichtamtlicher Teil



Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter

Eine kleine Kulturgeschichte mit zeitgenössischen Bildern von

PAUL KAMPFFMEYER

In Ganzleinen gebunden 1,75 Mark

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

**Zigaretten
Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hützstr. 18**

Das Fahrrad

fein Bau, feine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Oberingenieur G. A. Krumm u. R. Burge

Mit 110 Abbildungen und einigen Tabellen

Preis 1.- Mark

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46

Vom vorigen zum nächsten Krieg!

Von Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherr v. Schoenaich

Mit Vorreden von General Percin und General Hamilton

Preis geb. M. 2.-

Zu beziehen durch: Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Hansa-Theater-Klausen

Konzert

Orig. Bayr. Sarammel-Quartett

Täglich 7 Uhr Eintritt frei

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck**

Ab Montag, den 1. Dezember, ist die Erwerbslosen- und Kurzarbeiter-Unterstützung vom Vorstand in voller statutarischer Höhe in Kraft gesetzt.

Wir erfuchen unsere Mitglieder, dieses zu beachten und die Kontrollvorschriften genau einzuhalten

Nähere Auskunft im Bureau (13199) Die Ortsverwaltung.

Mühlings Gaststuben

Sadowastrasse 11
Anlässlich der recht regen Beteiligung an meinem ersten Preisfest sage ich allen meinen besten Dank und veranstalte heute Dienstag einen Preisfest mit den bekanntesten großen Preisen. Auch hierzu erbitte ich reue Beteiligung. (13246)

General-Versammlung

famtl. Produzentenhändler Lübeds u. Umgegend auch Nichtmitglieder
Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirt Theelen, Glockengießstraße 13226) Der Vorstand

Donnerstag, d. 4. Dez., abds. 7 1/2 U.

in der Aula des Katharineums öffentliche Beamten- und Angestellten-Versammlung.

Direktor Hellmann-Hamburg spricht über Beamte, Angestellte und die Reichstagswahl. Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Beamten und Angestellten (AöBa). 13235

Goldmann

Morgen **Op. Bull** Verstärktes. Ball-Mittwoch **Op. Bull** orchester unter persönlicher Leitung d. Herrn Kapellmeisters **Richard Wagner**. Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Inh. H. Reck.

Landesverband Nord. Freiwirtschaftsbund

Ortsgruppe Lübeck.

Öffentliche **Wähler-Versammlung**

Donnerstag, d. 4. 12. im Saale der Schiffergesellschaft.
Redner: Ernst Zahnkeil, Vorsitzender vom Landesverb. Nord (13248)

Hansa-Theater

Kurzes Gastspiel der **Legernjeer**

Dienstag, 7.30 Uhr: **'s Lenerl** 13248

von **Oberammergau**

Mittwoch, 7.30 Uhr: **Der Amerikaseppl**

Donnerstag, 7.30 Uhr: **Der Herrgottschützer** von Oberammergau

Freitag, 7.30 Uhr: **Der 7. Bua**

Stadttheater Lübeck

Dienstag 7.30 Uhr: **Der Bibliothekar**

Mittwoch 7.30 Uhr: **Polenblut** (13214)

Donnerstag 7.30 Uhr: **Martha**

Fledermaus

Das vielseitige **Dezember-Programm**

9 Uhr Kurzes Gastspiel des weltberühmten Tänzerpaars **Liskowsky Nadasy**

Prima Ballerina und 1. Solotänzerin der ehemal. königl. Oper in Budapest. Eine Sensation für Lübeck

9 Uhr Die Original Amerik. Jazz-Band-Tanzmusik

neueste Tanzschlager
Mittwoch, d. 3. Dezember: **Heiterer Familien-Abend**

Luisenlust

Mittwoch: **Gr. Sanatranachen** Eintritt u. Tanz frei

Trocadero

Täglich: (13211) **Stimmungskonzert**

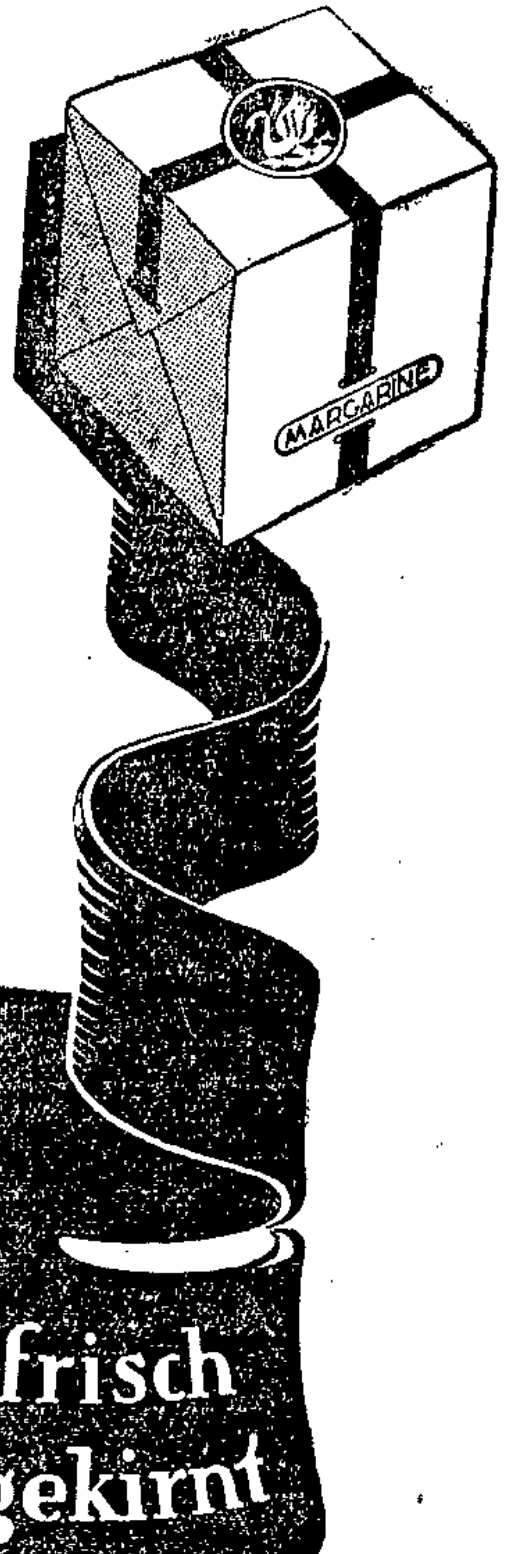
Anfang 8 Uhr abends.
Das cbm 19 Goldpfa., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Zeitung 20, ohne Zeitung 10 Goldpfa. (13222)

Das hätte ich eher wissen sollen!



Jetzt erspare ich M. 1,50 an jedem Pfund, wofür ich bisher M. 2,50 bezahlte, und zwar durch Verwendung der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Wenn Sie ebenfalls einen Versuch machen, so werden Sie sich fragen: Warum habe ich nicht schon eher „Schwan im Blauband“ verwendet? Das feine Aroma beim Brotaufstrich und die vorzüglichen Eigenschaften beim Ausbraten verdankt „Schwan im Blauband“ dem unvergleichlichen Kirnverfahren, nach welchem sie hergestellt ist.

Das Halbpfund-Paket 50 Pf.



Schwan im Blauband frisch gekirnt

Die Stimme der Jugend

Beilage zum Lübecker Volksboten

Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme.
Ich habe euch erleuchtet in der Dunkelheit und als
die Schlacht begann, socht ich voran, in der ersten Reihe.
Rund um mich her liegen die Leichen meiner
Freunde, aber wir haben gefiegt. Wir haben gefiegt,
aber rund umher liegen die Leichen meiner Freunde.
Wie jauchzende Triumphgesänge tönen die Chöre
der Totenfeier. Wir haben aber weder Zeit zur Freude
noch zur Trauer. Aufs neue erklingen die Trompeten.
Es gilt neuen Kampf.
Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme.
Heinrich Heine.

Die Jungen und die Wahl.

Von A. Friedel.

Der aufgelöste Reichstag könnte nicht mehr arbeiten, weil er ein unnatürliches Gebilde war, das die Volksmeinung nicht wiedergab. Der Mai-Reichstag war gewählt unter Verhältnissen und Umständen, die der äußersten Rechten und der äußersten Linken außerordentlich günstig waren. Es ist ja das Verhängnisvolle, daß die meisten Menschen rein nach Gefühl und Stimmung ihren Zettel in die Wahlurne werfen. Im Frühjahr gingen die nationalistischen Wogen besonders hoch. Die damalige französische Regierungspolitik, die gerade die Sozialisten auf das schärfste verurteilte und bekämpfte, wurde benutzt, um Wähler für Reaktion und Monarchie zu treiben. Ebenso nutzten die Kommunisten die herrschende Not und Unzufriedenheit aus, um der Sozialdemokratie Stimmen abzunehmen. Allzu große Kunst ist das ja gerade nicht in solchen Zeiten für extreme Parteien.

Hier erwachen nun besonders den Jungen ungeheure Aufgaben und Pflichten. Wenn wir sagen die Jungen, so ist damit durchaus nicht eine bestimmte Altersgrenze gesetzt. Alle vorwärts zu Neuem, Gerechterem, Besserem drängenden Menschen sind damit gemeint. Im besonderen gilt es aber doch denen, die ganz neu oder doch noch jung im politischen Leben stehen.

Die jungen Proletarier in der Fabrik, Werkstatt, im Bureau und Kontor müssen zu politischem Denken erzogen werden, dann werden auch Phrasen, von welcher Seite sie auch kommen, abprallen und vom richtig Erkannnten nicht abbringen lassen. Wir leben heute in einer Zeit großer Reflexion. Nicht allein der Geschäftsmann preist seine Waren mit starken Mitteln an, sondern auch politische Parteien suchen damit Wähler zu fangen. Es gilt deshalb, doppelt vorsichtig zu sein, um nicht großen Reklameschlagern, Tagesparolen und raffiniert angewandten Zitatzen zum Opfer zu fallen.

Das ist richtig. Aber radikal sein heißt von der Wurzel ausgehen, heißt nicht brombarisieren!

Man sagt, die Jugend neige stark zum Radikalismus. Allerdings, wenn man nach dem lauten Geschrei der völkischen und kommunistischen Jugend urteilt, käme man sicher zu dieser Sorte „Radikalismus“. Aber es gibt auch eine andere Jugend, und das ist der viel größere Teil. Diese muß vorwärts drängen, ohne dabei den Verstand zu verlieren. Der junge Wähler soll in erster Linie versuchen, sich klar zu werden, was die einzelnen Parteien wollen und dabei davon ausgehen, was sie dem arbeitenden jungen Menschen bieten können und wollen. Er hat sich auch klar darüber zu sein, was er selber ist und wo das Leben ihn hingestellt hat. In dieser Stelle darf er dann aber nicht nur passiv verweilen, sondern er hat die Pflicht, aktiv mitzuhelfen, mitzugeschlagen und mitzukämpfen.

Kann ein junger Mensch, der schwer um seine Lebensegzistenz zu ringen hat, einer bürgerlichen Partei seine Stimme geben? Nein! Völkische, deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei machen gar keinen Hehl aus ihrem Bestreben, den alten Obrigkeitsstaat wieder herbeizuführen. Diese Parteien unterscheiden sich eigentlich im Wesentlichen nur nach ihrer taktischen Einstellung zu bestimmten Fragen. Sie wollen die Monarchie, die unbedingte Abhängigkeit der Arbeiter und Angehörigen vom Unternehmer, Herren und Diener. Die Herrschaft dieser Parteien bedeutete Festigung und Verewigung des Lebens in der Dunkelheit für alle, die „nichts haben“. Republik, politische Freiheit und die ersten Anfänge zum Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsprozess wären wieder erledigt. Neue Kriegsgeschichten würden heraufbeschworen zum unermesslichen Unglück für die Völker.

Wie steht es mit der kommunistischen Partei? Es hat Zeiten gegeben in dem knapp sechsjährigen Bestehen dieser Partei, wo wir glaubten, als Klassengenossen mit ihr in bestimmten Fragen zusammenzugehen zu können. Das hat sich als Trugschluss erwiesen. Die Sozialdemokratie wird von den Kommunisten in der niederträchtigsten Weise bekämpft, viel weniger richtet sich ihr Kampf gegen den Klassengegner des Proletariats. Die furchtbare Schuld hat die KPD, aber auf sich geladen mit der Zerstörungsarbeit, die sie innerhalb der Gewerkschaften anrichtet hat. Das stärkste Fundament der Arbeiterpartei, die Voraussetzung jedes Aufstieges überhaupt, wurde geschwächt. Man hat ja damit auch der eigenen Partei geschadet, denn ein gewerkschaftlich unorganisiertes Proletariat, das wirtschaftlich verelendet, wird niemals zum Kampfe zu gebrauchen sein. Dabei verfährt der heutige Kommunismus mit seinen Befehlen und klavischem Gehorchen gegen das Elementarste der Menschenwürde. Gleiche Verwirrung und Verwüstung hat er auch in der Jugendbewegung angerichtet.

Gerade die Jugend, die in solitärer Zusammenarbeit das wirtschaftliche, politische und geistige Leben mit gestalten soll, für ihre eigene Zukunft, muß leere Phrasen ablehnen. Die Kommunisten betätigen sich damit ja nur als Schrittmacher der Reaktion.

Wo sollen die Jungen hin? Für wen haben sie zu arbeiten, zu kämpfen und am Wahltage eventuell auch ihre Stimme abzugeben? Die Entscheidung ist nicht schwer! Es gibt nur eine Partei, die den jugendlichen Idealen am nächsten steht. Das ist die Sozialdemokratie. Sie ist keine Partei wie die meisten anderen, die im Wahlkampf stehen und sehr oft nur aus gewissen Interessen heraus entstanden sind, sondern die Sozialdemokratie ist eine gewaltige Menschheitsbewegung. Das starke Sehnen der Jugend nach Freiheit und Gerechtigkeit findet im Kampfe und den Zielen der sozialdemokratischen Bewegung seinen tatkräftigsten Ausdruck. Alle soziale und kulturelle Arbeit ist eingestrichelt

auf die innere Befreiung der Menschen von dem furchtbaren Gift der Selbstsucht, die das kapitalistische Zeitalter wie eine Seuche über die „Kulturmenschen“ gebracht hat.

Seit 60 Jahren arbeitet die Sozialdemokratie planmäßig daran, das kapitalistische System zu unterminieren. Dazu bedurfte es zuerst der politischen Freiheit. Diese, wenn wir das Recht nur richtig anwenden, haben wir heute. Es ist so zu gebrauchen, daß es zum Wohle und Segen der heranwachsenden Generation ausschlägt, ist gerade Pflicht der Jugend. Mit der Sozialdemokratie gewachsen und Hand in Hand mit ihr zusammengearbeitet hat die freie Gewerkschaftsbewegung. Gemeinsam werden diese beiden großen Bewegungen auch die wirtschaftliche Freiheit des Proletariats herbeiführen. Die Arbeiterjugendbewegung der verschiedenen Organisationen muß einmünden in diesen großen Kampf.

Die Jugend muß auch Hüterin des Weltfriedens sein. Nie darf sie mehr zulassen, daß sich Millionen Kulturmenschen töten oder zum Krüppel machen. Schärfster Kampf gegen alle Kriegshetze! Denn die junge Generation hat ihre Güter dazu hergegeben.

Es muß ein Reichstag gewählt werden, der den Frieden verbürgt und die Republik festigt. Der uns schützt vor einer Zolpolitik, die das Brot verteuert, der uns den Achtundentag endlich festlegt, den Jugendstich ausbaut, eine gesunde Wohnungs- und Bodenpolitik und eine gerechte, vernünftige Sozialpolitik treibt.

Ein Reichstag, der eine Etappe weiter nach vorwärts ist! Darum muß das Jungproletariat, Burischen und Mädchen, für die Sozialdemokratie eintreten und ihr zum Siege verhelfen.

Ich bin schon seit einer Reihe von Jahren Sozialist und werde mit jedem Tag mehr Sozialist.

Ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Gerechtigkeit ist.

Ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Wahrheit ist.

Der Sozialismus wird aus dem Lohnsystem so unvermeidlich hervorgehen, wie das Lohnsystem der Leibeigenschaft folgte. Anatole France.

Gedanken über Lesen und Leben.

Was wollen die Menschen von den Büchern? Wird ihr inneres Leben nicht genug von den Erscheinungen des äußeren Lebens angeregt? Ist es eine krankhafte Sucht nach Sensationen, die sie zu den Büchern treibt? Versuchen sie mit Hilfe der fremden Wortstellungen, die in den Büchern sind, ihre eigene Vorstellungswelt zu klären und aufzubauen? Oder werden sie von sozialen Trieben gedrängt, die fremde Erlebnisse in Beziehung zu eigenen bringen wollen?

Wahrscheinlich gibt es undenkbar viele Ursachen des Bücherlesens, am wenigsten scheint aber der bloße Wissensdrang den Menschen zum Bücherlesen anzuregen, denn nur wenige Menschen sind reine Verstandesmenschen. Die meisten, und besonders die jungen Menschen, haben einen fast unerlöschlichen Drang zum Buche. Sie wollen bewußt oder unbewußt das Leben in seinem Wesentlichen erfassen und versuchen deshalb mit möglichst viel Erscheinungen des Lebens vertraut zu werden.

Dabei haben sie zuerst keinen Maßstab für Wesentliches und greifen wahllos in die Fülle des Vorhandenen hinein. Viele gerippten sich und werden unzufrieden und teilnahmslos, viele aber kommen doch zu sich selbst und finden, was ihrer eigenen seelischen Wesenheit entspricht. Durch eine klare Auswahl ihrer Bücher stärken sie ihre seelischen Eigenschaften und entwickeln sich zu Charakteren. Sie lesen sich empor, sammeln und sichten nach eigenen inneren Gesetzen das Wissen, das Bücher vermitteln können, und formen sich eine eigene Weltanschauung.

In jedem guten Buche, vor allem, wenn es ein Kunstwerk ist, ist viel Irrationales (Unwägbares) und gerade dieses Irrationale gibt die feinsten, nicht bewußten Kräfte des Menschen an und gibt seinem Leben das, was man vielleicht Persönlichkeit nennen kann. Die suggestiven Kräfte eines literarischen oder anderen Kunstwerks lösen verwandte oder gleiche Kräfte im Menschen aus, die auf andere Menschen weiter wirken, und so sind alle Kunstwerke berufen, ein geistiges und seelisches Verbundenheit der Menschen zu entwickeln.

Das Buch ist ein Freund, der den Menschen allein haben will, der aber schlecht auf Menschen wirkt, wenn sie ihr nicht in Beziehung zum Erlebten bringen. Das Buch ist Papier und kein Fleisch und Blut, es wächst nicht, blüht nicht und verwelkt auch nicht, es umschließt uns nicht mit lebendigen Armen und hat nicht die magnetischen gesunden Kräfte der Erde, keine Blätter sind dünn, trocken und bleich. Es kann uns zu blässen Intellektuellen, zu lächerlichen Bücherwürmern, zu unselbständigen Menschen machen. Bücher zu lesen, ohne die Menschen und die Natur zu erleben, ist dumm. Man muß die Welt körperlich erfahren, wenn man sie geistig erfassen will. Herbert Müller.

Vor Sonnenaufgang.

Zum 62. Geburtstag Gerhart Hauptmanns am 15. November. Aus „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk“.

Von Konrad Hähnisch.

Wie zu vielen späteren seiner Dichtungen hat Hauptmann den Stoff auch zum Drama „Vor Sonnenaufgang“ aus den Eindrücken seiner Jugend geschöpft. In der Nähe seines Heimatortes Salzbrunn lagen die Kohlenorte Hermsdorf und Weistein. Hier beobachtete der junge Gerhart, wie der Kapitalismus, solange ihm nicht eine kraftvolle Arbeiterbewegung das Gegengewicht bietet, nicht nur die Proletarier in körperliches, geistiges und sittliches Elend stößt, sondern wie unter Umständen auch die Rückzieher der Ausbeutung selbst, zumal in der ersten Generation, zu Opfern ihres jungen Reichtums werden. Nur allzu oft treibt dieser Reichtum sie, die noch nicht wissen, wozu mit all dem goldenen Segen, in wilde, alkoholische und sexuelle Ausschweifungen. Korruption und Degeneration sind die Folgen.

Das ist auch der Fall dieser schlesischen Banern, die durch die Entdeckung von Kohlenfeldern über Nacht zu kleinen Kapitalisten geworden sind, zu dem, was man heute, unter ganz anderen Ver-

hältnissen und in ganz anderen Ausmaßen „neue Reiche“ nennt. In ihren Kreis tritt Loth, ein junger sozialistischer Agitator, durchdrungen von dem Bewußtsein sowohl der Unverträglichkeit des Kapitalismus im allgemeinen wie der zerstörenden Wirkungen einer der schlimmsten Geiseln des Kapitalismus: Der Alkoholsucht. Aus gründlichen Studien weiß er, wie die Trunksucht der Eltern heimgeführt wird an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Diese seine wissenschaftliche Überzeugung treibt Loth dazu, sein eben erst geschlossenes Verhältnis mit der Tochter einer solchen durch Alkoholumismus entarteten Familie zu lösen, sobald er von dieser Entartung unterrichtet wird. Das Mädchen hat in dem jungen Agitator so etwas gesehen, wie eine Erleuchtung aus einer anderen, einer reineren Welt. Er allein vermochte sie herauszuziehen aus dem stinkenden Sumpfe des Elternhauses. Nun er sie verläßt, sieht sie keine Rettung mehr, keinen Ausweg — sie wirft das ihr jetzt erst ganz ideal gewordene Leben von sich. Das ist der Inhalt dieses sozialen Dramas, in dem die Arbeiter selbst übrigens nur wie dunkle und doch stark sich abhebende Schatten durch den Hintergrund der Handlung ziehen.

Was hätte aus diesem Stoff wohl ein Dramatiker der alten Schule gemacht? Hallende Defamationen über das Unmaß solcher Verkommenheit hätten hier über uns ergehen lassen müssen und zum Schluß wäre eine wohlgeleitete moralische Predigt über Laster und Tugend uns gewiß nicht erspart geblieben. Hauptmann verzichtet vollkommen auf solche angelegte Moral, wie wir sie auch bei Ibsen vielfach finden. Er redet nicht über die Verliertheit der Familie Krause-Hoffmann — er zeigt uns ihre Verkommenheit selbst in all ihrer abstoßenden Häßlichkeit. Gerade durch diese scheinbare Tendenzlosigkeit seines Dramas wirkt Hauptmann nur um so viel stärker im Sinne echter Moral.

Diesem äußerlich tendenzlosen Grundcharakter der Dichtung widerspricht es keineswegs, daß Loth, der Agitator, seiner Braut und damit auch uns vieles sehr beherzigenswertes über die Unvernunft der bürgerlichen Wirtschaftsweise im allgemeinen und über die furchtbaren Folgen der Alkoholsucht im besonderen sagt. Denn solche Reden gehören zum Charakterbilde Loths — des Agitators. Ohne diese Auseinandersetzungen wäre uns auch Loths Verhalten dem von ihm geliebten Mädchen gegenüber ganz unverständlich.

Man hat viel über die Gestalt des Loth gestritten und sie für unglaubwürdig erklärt. Entgegen der allgemeinen Auffassung möchte ich meinerseits unterstreichen, daß dieser Loth, wie er nun einmal vom Dichter angelegt ist, gar nicht anders handeln konnte, als Hauptmann ihn im letzten Akt der Geschehen gegenüber handeln läßt. Und zudem: Dieser Loth ist schon deshalb glaubwürdig, weil in ihm viel von dem Hauptmann des Jahres 1889 selbst steckt. Gewiß sind manche Züge des Jugendfreundes des Dichters entlehnt. Was Loth an künstlerischen Ansichten verleiht, entspricht sicher nicht Hauptmanns damaligem Glaubensbekenntnis. In dem, was entscheidet, aber sind Loth und Hauptmann doch wohl ein und derselbe. Das befunden auch die Freunde, die Hauptmann zu jener Zeit nahe gestanden haben. So sagt Hanstein: „Jeder, der Hauptmann damals gekannt hat, weiß, daß sein Loth Wort für Wort sein damaliges Empfinden ausdrückt.“

Dadurch bekommt Loth neben dem literarischen Interesse auch einen unmittelbaren biographischen Wert zur Beurteilung der geistigen Persönlichkeit Hauptmanns in seinem 27. Lebensjahre. Wie also dachte Loth-Hauptmann damals über die großen Fragen von Staat und Gesellschaft? Hören wir ihn: „Mein Kampf ist ein Kampf um das Glück aller. Sollte ich glücklich sein, so müßten es erst alle anderen Menschen um mich herum sein; ich müßte um mich herum weder Krankheit noch Armut, weder Knechtschaft noch Gemeinheit sehen. Ich könnte mich sozusagen nur als Lehrer an die Tafel setzen.“

Und an anderer Stelle: „Es ist verkehrt, wenn der im Schweige seines Angeichts Arbeitende hungert und der Faule im Leberfluß leben darf. Es ist verkehrt, den Mord im Frieden zu bestrafen und den Mord im Kriege zu belohnen. Es ist verkehrt, den Fener zu verachten und selbst, wie es die Soldaten tun, mit einem Menschenabschlachtungsinstrument, wie es der Degen oder der Säbel ist, an der Seite stolz herum zu laufen... Verkehrt ist die Religion Christi, diese Religion der Duldung, Vergebung und Liebe als Staatsreligion zu haben, und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenfäulern heranzubilden.“

Fröhlich auf! Zur fröhlichen Wanderschaft!

Die Arbeitszeit ist verlängert. Die Löhne sind knapp. Mancher aus unseren Reihen ist erwerbslos und verdient gar nichts. Da will mir der Ruf: Auf zur fröhlichen Wanderschaft! gar nicht recht vom Munde. Und doch! Laßt den Kopf nicht hängen. Zieht hinaus ins Freie, so oft es möglich zu machen ist.

Gerade die Arbeiterjugend muß tüchtig wandern. Sie muß hinaus aus Höfen und Gassen, aus Fabriklärm und Werkstattstaub. Die Lunge braucht frische Luft, das Ohr andere Klänge, das Auge andere Farben. Und die jungen Leute brauchen das weite, breite Land. Das Wandern erfrischt die Arbeiterjugend körperlich und geistig, es bereichert ihr Leben, schafft Freude. Was das bedeutet? Stellt einen Jungen, der mit seiner Freizeit Werktags und Sonntags nichts Besseres anzufangen weiß, als sie im stumpfsinnigen Herumlungen an Straßen und Plätzen, in der Kneipe, im Kino und auf dem Tanzboden zu verzubeln, neben einen anderen Jungen, dessen Aufenthalt das Jugendheim, der Spielplatz und vor allem am Sonntag die freie Natur ist. Ihr werdet's leicht erkennen. Der eine stumpf, müde und laß, der andere dagegen fröhlich, lebendig und regsam.

Und frische, lebendige und regsame Jugend müssen wir für den Sozialismus erziehen. Eine Jugend, die bereit ist, alte Lebensbahnen zu verlassen und neue zu suchen. Eine Jugend, die fröhlich genug ist, um einen langen Kampf ohne Ermüdung zu bestehen; eine Jugend, die lebendig genug ist, um den vielgewandten Gegner doch noch an Gewandtheit überlegen zu sein; eine Jugend, die regsam genug ist, um viel zu lernen und das Gelernte zu gestalten.

Also laßt uns hinausziehen. Marschieren, Singen und Schauen. Laßt uns lernen in der Werkstatt der Natur. Und laßt uns spielen, baden! Solidarität, Kameradschaft, Gemeinschaft beherrsche uns! Je besser wir unsern Körper erfrischen, je mehr unsere Muskeln sich straffen und je mehr wir mit offenen Augen, offenen Ohren für den Geist zu gewinnen suchen, desto wertvoller wird uns das Leben werden, weil wir fühlen werden, wie Kraft und Können wachsen. Und wer möchte nicht höchstgelegener Kräfte, mit bestentwickeltem Können den großen Aufgaben gegenüberstehen, die uns als sozialistische Arbeiterjugend zur Lösung bevorstehen?

Unsere Arbeit ist vielseitig, das wollen wir nie vergessen. Aber das Wandern vernachlässigen, würde heißen, eine unserer besten Erziehungsmöglichkeiten zu verjähren.

Darum: trotz alledem: Auf zur fröhlichen Wanderschaft!

Was jeder Wähler wissen muß!

Was tut dem deutschen Volk not?

Gewerkschaftsantwort an Unternehmerverbände.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volk zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Arbeit von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt.

In einer gemeinsamen Rundgebung suchen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß.

Ausgehend von der Schilberung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unseres Volkes wendet sich die Rundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmer unmittelbar treffenden Steuern und Verkehrssteuern, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihre Mitwirkung beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erheben gegen das Vorgehen der deutschen Arbeitgeber einschiedenen Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufrichtung unserer Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Währungsverträge sind in Fortschritt gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen.

Daß sie sich trotzdem zu dieser Rundgebung verstanden hat, beweist, in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Lasten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 22 auf 2 Proz. und die Ermäßigung der Frachttaxe sich bisher in keiner Weise preisentlastend ausgewirkt haben.

Die durch die hierdurch gewonnenen Beiträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen.

Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Inflation, indem sie die Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belastenden Lohnsteuer.

Die Arbeitgeber verstanden auch bei der Sanierung der Währung sich frühzeitig schuldig zu halten, indem sie durch hohe Goldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten, durch Massenentlassungen die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit überließen, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten.

Alle Lasten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert.

Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark gestärkt und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen

im Gegensatz dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohnraub.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Hinaustreiben der Löhne an der Vetterung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Insbefondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundensichten in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dämpfen, Dämpfen oder chemischen Einflüssen leiden, unerträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreundlichen Arbeiterschaft beruhen.

Dieses System muß zu schwersten Wirtschaftsstörungen führen,

da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mühsamer Arbeitsweise verschlaven lassen.

Die sofortige Einführung des Dreischichtenbetriebes in diesen Industrien halten die Gewerkschaften auf das dringendste geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein

gesetzliches Recht auf den Achtfünftentag.

Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angekündigte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und so bald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeiterschaft, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß

die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten

auf die eigene Schulter nehmen, und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß, durch eine nicht auf Raubbau eingestellte Arbeitszeit- und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundzüge und Erwerbsansprüche beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutz bilden gegen die wahrlich nicht auf papiernen Rundgebungen beschränkten arbeitserfindlichen Absichten des Unternehmertums.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten und Beamtenverbände.

Völkischer Spiegel.

Führer der Ludendorff-Partei.

Die Partei der Leute um Ludendorff und Hitler fühlt sich bekanntlich als einzige Partei berufen, die ständige, politische und wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands vorzunehmen. Zur Charakterisierung dieser „Verufenheit“ der völkischen Führer veröffentlichte wir unter dieser Rubrik fortlaufend Porträts von Falkenführern, die wir der Broschüre „Deutschvölkische Führer“ (Verlag Viktor Engel-Weipzig) entnehmen.*

1.

Rudolf Lencer

Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Bezirk Leipzig. Zivilberuf: Schriftsteller, geb. 1866.

Rudolf Lencers Vorleben wird am zweitmäßigsten und erschöpfendsten illustriert durch schlichte Aufzählung seiner in seinem ereignisreichen Leben abgelesenen Freiheitsstrafen. Zuvor sei noch bemerkt, daß dieser völkische Führer keineswegs wegen seiner Vergehen aus der Partei entfernt wurde, sondern durch das Verbot der Partei im April 1923 aus seinem Amte schied, das er von der Gründung an bis zum Verbot innegehabt hatte. Vor seiner politischen Tätigkeit in Leipzig war Lencer lange Zeit im Elsaß und im besezten Gebiet tätig, wo er — angeblich für nationale Zwecke — mit den französischen Besatzungsbehörden in Verbindung gestanden war. Seine Tätigkeit nach Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei bestand in „Geldsammlungen für nationale Organisationen“.

Was Lencer auf dem Kerbholz hat: Lencer, der Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, ist, was man einen schweren Jungen nennt: vom Münchner Landgericht wurde er wegen Urkundenfälschung und Betrug mit 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust bestraft; vom Berliner Landgericht wegen Unterschlagung und schweren Diebstahls zu 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis, sowie 3 Jahren Ehrverlust; in Basel wegen schweren Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust; vom Weimarer Landgericht wegen Urkundenfälschung zu 6 Wochen Gefängnis; und in diesem Jahre, nach Ausschleiden aus seinem Amt, vom Leipziger Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu 2 Monaten Gefängnis.

Gesamtfreiheitsstrafe: 13 Jahre, 11 Monate und 6 Wochen, darunter 10 Jahre Zuchthaus.

Ehrentscheidungsverluste: insgesamt 23 Jahre.

* Diese Broschüre ist zum Preise von 40 Pfg. in der Buchhandlung des Volksboten zu haben. Die Anschaffung kann nur wärmstens empfohlen werden.

Gaubeite und Rückseite.

Immer wieder fallen bürgerliche Journalisten beim Besuch Rußlands auf die Dekorationskünste der Sowjetmänner hinein. Die Presse der RPD. schwenkt dann triumphierend die bürgerlichen Berichtsfalter: Seht das Sowjetparadies! So veröffentlicht die „Rote Fahne“ vom 27. November einen Auszug aus dem Artikel eines gewissen Dr. Markussow, der die

Krankenversicherung in Sowjetrußland

als qualitativ die beste in der Welt verherrlicht, allerdings zu geben muß, daß sie in ihrem Umfange in der letzten Zeit eingeschränkt werden mußte. Vergleicht man mit dieser sowjetfreundlichen Übertreibung eines Uneingeweihten den nüchternen Brief aus der Stadt Jaroslaw, der in der „Prawda“ vom 22. November zu finden ist, so erhält man von der Krankenversicherung in Sowjetrußland ein ganz anderes Bild. Da heißt es:

„Die medizinische Hilfe ist ganz ungenügend. Die Ambulatorien sind schlecht ausgestattet und überlastet. Es fehlen die nötigen medizinischen Hilfsmittel, Medikamente und Geräte. Am schlimmsten ist aber, daß die großindustriellen Unternehmen, sogar sehr rentable, in ihren Zahlungen an die Krankenkassen rückständig sind. Die Leute aus den Zentren schicken das Geld nicht ein. So stehen 600 000 Rubel aus.“

Der zweite Reklameartikel ist der

Volksbildung

gewidmet. Der dankbare Reisende bekommt nur die wenigen Mutterschulen zu bewundern. Sie machen den Braten nicht fett. Man erzählt ihm lang und breit von der intensiven Bekämpfung des Analphabetismus und anderen schönen Dingen. Die Wahrheit aber ist anders! Die „Prawda“ vom 21. November teilt z. B. Beispiel mit, daß allein in der Ukraine 140 000 Kinder proletarischer Herkunft außerhalb der Volksschulen geblieben sind. Vierzig Kinder nicht proletarischer Herkunft noch hinzukommen, sagt das Blatt nicht. Bedenkt man, daß der Volkskommissar für Bildungswesen kürzlich erklärte, die Zahl der Volksschullehrer und der Volksschüler sei zurückgegangen, und der Vorsitzende des Allrussischen Volkskongresses, Kalinin, in seiner Rede vor einigen Tagen das Geständnis ablegte, daß im Laufe der siebenjährigen Herrschaft der Bolschewisten die Zahl der Kulturinstitutionen auf dem Lande immer weiter abgebaut worden sind, ferner in Leningrad Tausende von Kindern nicht in die höheren Lehranstalten aufgenommen werden konnten und die Universitäten beziehungsweise Technische Hochschulen viele Zehntausende Studenten weniger aufnehmen durften als im vorausgegangenen Jahre, so bekommt man eine richtige Vorstellung von den Fortschritten des Bildungswesens in Sowjetrußland.

In der Reklame sind die Sowjetleute und ihre Kommis in der RPD. jedermann über. Hinter der schön gemalten Tafel-seite verbirgt sich der schlimmste Verfall.

Wer kommunistisch wählt wählt deutschnational!

Christen?

Der politische Wahlkampf ist wieder entbrannt. In diesem Wahlkampf geht es um das Christentum, wie die Rechtsparteien, besonders die Deutsch-nationale Volkspartei, behaupten. Wäre das Christentum schwarz-weiß-rot, so hätten sie recht.

Schwarz-weiß-rot sein heißt, für den Revanchekrieg, gegen den gegenwärtigen Staat, also für den Bürgerkrieg sein.

Das Christentum verkündet: Friede auf Erden!

Schwarz-weiß-rot sein heißt, gegen Besitztümer, für Ausplünderung und Anshängerung der wirtschaftlich Schwachen und so für Unterdrückung jeder staatlichen Ordnung sein, dem reichen Mann zuliebe.

Das Christentum verkündet: Einer frage des andern Laß!

Schwarz-weiß-rot sein heißt, für die Ausschaltung der Sozialisten in staatlichen, kommunalen und kirchlichen Ämtern sein.

Das Christentum verkündet: Ihr aber seid alle Brüder!

Schwarz-weiß-rot sein heißt, international sein im Haß gegen die Friedensstifter (stolz über Marjany Madonalds Sturz, schändig nach Herzogs Abgang), international im Haß gegen den Geist der Völkerverbrüderung in der Erziehung (Schule).

Das Christentum verkündet: Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Gottes Kinder heißen.

Schwarz-weiß-rot sein heißt, für den Massenhaß, für die Judenhetze, für die Beiseitigung des jüdischen Geistes im Christentum sein, heißt, das „Alte Testament“ abschaffen, also gegen die Bibel, für Zerstörung des Christentums sein im Zeichen des Hakenkreuzes.

Das Christentum ist unlöslich mit dem Judentum durch Jesus von Nazareth, durch die großen Propheten, die Eiferer für Gerechtigkeit, Menschenachtung, Weltreligion verbunden.

Hakenkreuz und Rotastuhl sind Feinde des Christentums.

Wollt Ihr Christen sein, wollt Ihr für die Religion sein, so erkennt:

Pharisäertum ist der Anspruch der schwarz-weiß-roteten Parteien, das Christentum gepachtet zu haben. Sie verurteilen sich gegen den heiligen Geist des Geistes, indem sie brutale Machtpolitik und Unterdrückung mit seinem heiligen Namen verquiden.

Darum, gebt ihnen keine Stimme! Gebt ihren Gegnern Eure Stimme!

Auch für wehres Christentum steht der Feind rechts! **Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten Deutschland.**

Ostelbische Wahlbelehrung.



„Das laß Dir gesagt sein, Dief, wenn's auch niemand sieht, wie Du wählst, — der liebe Gott sieh's doch; und der ist deutschnational!“

Friedrich Engels spricht:

„Die Zeit der Ueberrumpelungen der von Reinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußter Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisationen handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie einzutreten haben. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit.“

Aus: „Die Klassenkämpfe in der französischen Revolution.“